

137

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

Juni 2025

Sommer-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2025–2026

Beginnende Erholung trotz globaler Risiken

Sperrfrist: Donnerstag, 26. Juni 2025, 10:00 Uhr



INSTITUT FÜR
HÖHERE STUDIEN
WIEN

Sommer-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2025–2026

Beginnende Erholung trotz globaler Risiken

Holger Bonin

Martin Ertl

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Robert M. Kunst

Michael Reiter

Felix Schröter

Klaus Weyerstraß



INSTITUT FÜR
HÖHERE STUDIEN
WIEN

Autor:innen

Holger Bonin, Martin Ertl, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova,
Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Michael Reiter, Felix Schröter,
Klaus Weyerstraß

Titel

Sommer-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2025–2026
Beginnende Erholung trotz globaler Risiken
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 137

Kontakt**Holger Bonin**

Wissenschaftlicher Direktor

T +43 1 59991-125

E holger.bonin@ihs.ac.at

Helmut Hofer

Prognoseverantwortlicher

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

Internationale Konjunktur und Außenwirtschaft

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Melanie Gadringer

Pressesprecherin

T +43 1 59991-212

E gadringer@ihs.ac.at

Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung	7
2	Die internationale Konjunktur	15
2.1	Überblick.....	15
2.2	Länder und Regionen	19
3	Perspektiven der österreichischen Wirtschaft	33
3.1	Außenwirtschaft	33
3.2	Privater Konsum	34
3.3	Investitionen	36
3.4	Öffentliche Haushalte	40
3.5	Löhne und Inflation.....	42
3.6	Arbeitsmarkt	44
3.7	Monetäre Entwicklungen	46
4	Tabellenanhang.....	49

Beginnende Erholung trotz globaler Risiken

Im Schlussquartal des Vorjahres stabilisierte sich die Konjunktur in Österreich und im ersten Quartal des laufenden Jahres ist das Bruttoinlandsprodukt leicht gestiegen. Im Prognosezeitraum dürfte sich die Erholung fortsetzen. Aufgrund der schwierigen internationalen Rahmenbedingungen und weiter bestehender Strukturprobleme dürfte das Expansionstempo aber gering bleiben. Nach zwei Rezessionsjahren steigt das Bruttoinlandsprodukt laut IHS heuer um 0,1 % und im kommenden Jahr um 1,0 %. Mit 2,9 % dürfte der Anstieg der Verbraucherpreise im laufenden Jahr hoch bleiben, aber im Jahr 2026 auf 1,9 % zurückgehen. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt 2025 auf 7,5 % ansteigen und im nächsten Jahr leicht auf 7,3 % fallen. Von der erratischen US-Zollpolitik und den geopolitischen Spannungen gehen erhebliche Abwärtsrisiken aus.

1 Einleitung und Zusammenfassung

Laut den aktuellen Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stagnierte die heimische Wirtschaftsleistung im Schlussquartal 2024 und stieg im ersten Quartal 2025 um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal. Für das zweite Quartal deuten die Frühindikatoren darauf hin, dass sich diese Entwicklung fortgesetzt hat. Das schwierige außenwirtschaftliche Umfeld und weiter bestehende Strukturprobleme dürften aber dazu führen, dass die konjunkturelle Dynamik im Prognosezeitraum deutlich hinter früheren Erholungsphasen zurückbleibt. Für den Jahresdurchschnitt 2025 erwartet das IHS einen geringfügigen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,1 %. Im kommenden Jahr wird die Wirtschaft laut Prognose um 1,0 % zulegen. Damit bleibt die Wachstumsdynamik in Österreich auch im Prognosezeitraum hinter der für den Euroraum erwarteten – 1,0 % bzw. 1,5 % – zurück.

Die Weltkonjunktur expandiert weiterhin mit mäßigem Tempo. Während sich der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zu Jahresbeginn 2025 verlangsamte, verstärkte sich das Wachstum in den Schwellenländern. Zwischen den fortgeschrittenen Volkswirtschaften bestanden deutliche regionale Unterschiede. Nach kräftigen Zuwächsen in den Vorquartalen schrumpfte die US-Wirtschaft im ersten Quartal um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal. Hingegen legte die Wirtschaft im Euroraum um 0,6 % zu, nach 0,3 % im vierten Quartal. Insbesondere die Industriekonjunktur belebte sich, wobei allerdings Vorzieheffekte aufgrund der erwarteten Zollerhebungen in den USA eine Rolle gespielt haben dürften.

Die Entwicklung der internationalen Konjunktur in den Jahren 2025 und 2026 schätzt das IHS wie folgt ein: Die US-Wirtschaft wird in beiden Jahren um 1,7 % expandieren.

Für den Euroraum werden Wachstumsraten von 1,0 % und 1,5 % erwartet. Die Wirtschaftsleistung Chinas dürfte um 4,5 % und 4,0 % zulegen. Ausgehend von 3,3 % im Vorjahr wird sich laut Prognose das Wachstum der Weltwirtschaft leicht auf 3,0 % bzw. 2,9 % verlangsamen.

Bereits im Schlussquartal des Vorjahres hat sich der private Konsum in Österreich deutlich belebt. Die positive Tendenz setzte sich zu Jahresbeginn fort, sodass das IHS für den Jahresdurchschnitt 2025 weiterhin ein Wachstum von 0,7 % erwartet. Zwar dämpft die Budgetkonsolidierung die Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen, der prognostizierte Rückgang der Sparquote von 11,7 % im Vorjahr auf 9,9 % heuer ermöglicht aber die Konsumausweitung. Im kommenden Jahr dürfte die Sparquote weiter auf 9,6 % zurückgehen und der Konsum der privaten Haushalte um 0,9 % zulegen.

Die Bruttoanlageinvestitionen sind in den letzten beiden Jahren kräftig gesunken. Die Rahmenbedingungen für die Ausrüstungsinvestitionen dürften sich im Prognosezeitraum allmählich verbessern. Allerdings belasten der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit sowie die hohe handelspolitische Unsicherheit die Investitionstätigkeit. Vor diesem Hintergrund dürften die Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr nochmals um 0,5 % sinken und mit der Festigung der Konjunktur im kommenden Jahr leicht um 1,0 % zulegen. Nach deutlichen Rückgängen in den vergangenen Jahren dürften die Bauinvestitionen ihren Tiefpunkt mit einem weiteren Rückgang um 0,5 % in diesem Jahr erreichen. Die Verbesserung der Finanzierungsbedingungen und die Aufhellung der Konjunktur dürften eine langsame Trendwende erlauben. Darauf deuten auch die steigenden Baubewilligungen hin. Das IHS rechnet aber erst für das Jahr 2026 mit leicht – um 0,5 % – anziehenden Bauinvestitionen. Diese Prognosen implizieren, dass die realen Bruttoanlageinvestitionen insgesamt heuer um 0,5 % zurückgehen und im kommenden Jahr um 0,8 % expandieren.

Die heimische Exportwirtschaft leidet unter der hohen Unsicherheit über die Entwicklung der Zölle im internationalen Handel sowie einem Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit. Hinsichtlich der US-Zölle wird für diese Prognose unterstellt, dass die Mitte Juni geltenden Regelungen (10 % Zölle auf europäische Exporte in die USA mit Ausnahmeregelungen für bestimmte Produktbereiche und keine Vergeltungszölle der EU, 25 % auf Kfz-Exporte, 50 % auf die US-Importe von Stahl und Aluminium aus der EU) im gesamten Prognosezeitraum gelten.

Im Vorjahr verzeichnete die österreichische Exportwirtschaft Marktanteilsverluste von 4,7 %. Auch im laufenden Jahr dürften die Warenexporte zurückgehen, allerdings nur noch um 0,8 %. Für das kommende Jahr wird eine Zunahme um 1,5 % erwartet. Die Dienstleistungsexporte dürften heuer stagnieren und im nächsten Jahr um 2,3 %

wachsen. Somit erwartet das IHS für die Gesamtexporte einen Rückgang um 0,5 % im laufenden Jahr und eine Steigerung um 1,8 % im Folgejahr. Dies bedeutet, dass die Exportwirtschaft im Prognosezeitraum weitere Marktanteilsverluste hinnehmen muss. Nach dem kräftigen Rückgang im Vorjahr dürften laut IHS-Prognose die Importe mit der anziehenden Binnenkonjunktur und der Erholung der Exporte heuer stagnieren und im kommenden Jahr um 1,6 % zunehmen.

Ausgehend von 2,0 % im Dezember 2024 kletterte die Inflationsrate mit dem Auslaufen der fiskalpolitischen Ausgleichsmaßnahmen im Energiebereich im Jänner 2025 auf 3,2 %. In den Folgemonaten ging die Inflation nur wenig zurück und belief sich im Mai auf 3,0 %. Hoch blieb der Preisauftrieb insbesondere bei den lohnkostenintensiven Dienstleistungen. Wegen deutlich langsamer steigender Lohnstückkosten sollte der Preisauftrieb in der zweiten Jahreshälfte aber nachlassen. Darum bleibt das IHS bei seiner Inflationsprognose von 2,9 % für den Jahresdurchschnitt 2025. Insbesondere weil von den Energiepreisen im kommenden Jahr kein inflationstreibender Impuls mehr ausgehen dürfte, prognostiziert das Institut für das Jahr 2026 einen Rückgang der Inflationsrate auf 1,9 %. Damit beträgt das Inflationsdifferenzial zum Euroraum im laufenden Jahr knapp einen Prozentpunkt. Im kommenden Jahr verläuft die Verbraucherpreisentwicklung dann synchron zum Euroraum.

Die Einschätzung der Arbeitsmarktlage bleibt gegenüber der Frühlings-Prognose des IHS unverändert. Saisonbereinigt stagniert in Österreich die Beschäftigung seit der Jahresmitte 2023. Bei einem langsam steigenden Arbeitskräfteangebot ist die saisonbereinigte Arbeitslosenquote, ausgehend von 7,2 % im Jänner 2025, bis auf 7,5 % im Mai angestiegen. Für den Jahresschnitt 2025 wird eine Stagnation der Beschäftigung erwartet. Aufgrund der Konjunkturerholung dürfte die Beschäftigung im kommenden Jahr um 0,5 % zulegen. Ausgehend von 7,0 % im Vorjahr dürfte die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2025 auf 7,5 % ansteigen und im Jahr 2026 auf 7,3 % zurückgehen.

Im Vorjahr belief sich das Defizit der öffentlichen Haushalte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 4,6 %. Das Defizit war insbesondere aufgrund der hohen Dynamik der Ausgaben merklich größer als erwartet. Das Doppelbudget 2025/26 sieht Konsolidierungsmaßnahmen von 6,3 Mrd. Euro im laufenden und 8,7 Mrd. Euro im kommenden Jahr vor. Das IHS geht davon aus, dass bei strikter Budgetdisziplin das Defizit im Prognosezeitraum auf 4,4 % bzw. 4,1 % des BIP zurückgeht. Dabei wird die Dynamik der Staatsausgaben lediglich gedämpft.

Die Sommer-Prognose des IHS ist mit gravierenden Abwärtsrisiken behaftet. Die Unsicherheit über die Wirtschaftspolitik in den USA und insbesondere die erratische Zollpolitik belasten die Weltwirtschaft. Eine Umsetzung der im Raum stehenden

drastischen Erhöhung von Einfuhrzöllen und eventuelle Gegenmaßnahmen würden den Welthandel stark belasten und dürften die wirtschaftliche Dynamik in den USA bremsen. Weiterhin hoch sind auch die geopolitischen Risiken, insbesondere im Nahen Osten und im Umfeld des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Eine Eskalation der Kriegshandlungen im Nahen Osten könnte die Energiepreise deutlich anheizen und den Welthandel beeinträchtigen. Umgekehrt würde eine rasche Lösung im Handelsstreit die Unsicherheit reduzieren und das Wachstum fördern. Weitere Risikofaktoren bestehen im Inland. Die heimische Industrie hat deutlich an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verloren. Dies könnte im Verein mit pessimistischen Unternehmenserwartungen die Investitionstätigkeit dauerhaft bremsen und zu weiteren Marktanteilsverlusten im Export führen. Dagegen könnten im kommenden Jahr von der expansiven deutschen Fiskalpolitik Aufwärtsschancen für die heimische Industrie ausgehen.

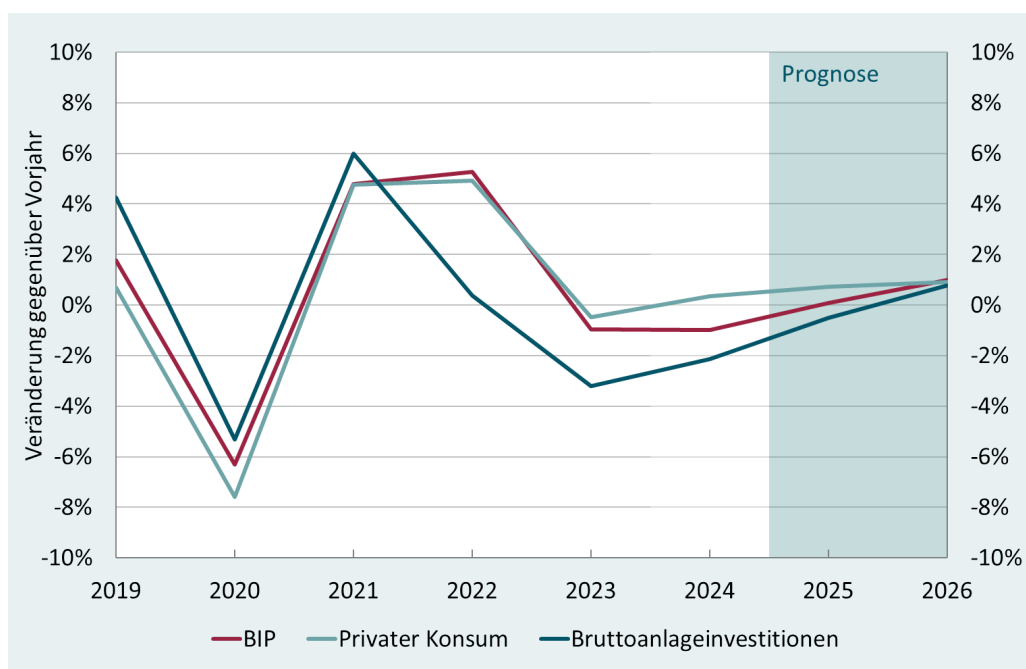
Tabelle 1: Hauptergebnisse der IHS-Prognose
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt, real	–1,0	0,1	1,0
Privater Konsum, real	0,4	0,7	0,9
Bruttoinvestitionen, real	–5,0	0,1	1,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	–2,1	–0,5	0,8
Ausrüstungsinvestitionen, real	0,5	–0,5	1,0
Bauinvestitionen, real	–5,3	–0,5	0,5
Inlandsnachfrage, real	–0,9	0,5	0,9
Exporte i. w. S., real	–3,5	–0,5	1,8
Waren, real (laut VGR)	–5,4	–0,8	1,5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	2,4	0,9	2,0
Importe i. w. S., real	–3,3	0,1	1,6
Waren, real (laut VGR)	–5,4	–0,1	1,5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	6,9	1,8	2,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	0,2	0,1	0,5
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ	7,0	7,5	7,3
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ⁱ	5,2	5,5	5,4
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	8,3	3,5	2,5
Preisindex des BIP	3,3	2,4	1,9
Verbraucherpreisindex	2,9	2,9	1,9
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP ⁱ	–4,6	–4,4	–4,1
3-Monats-Euribor ⁱ	3,6	2,2	2,1
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ	2,8	3,0	3,1

ⁱabsolute Werte

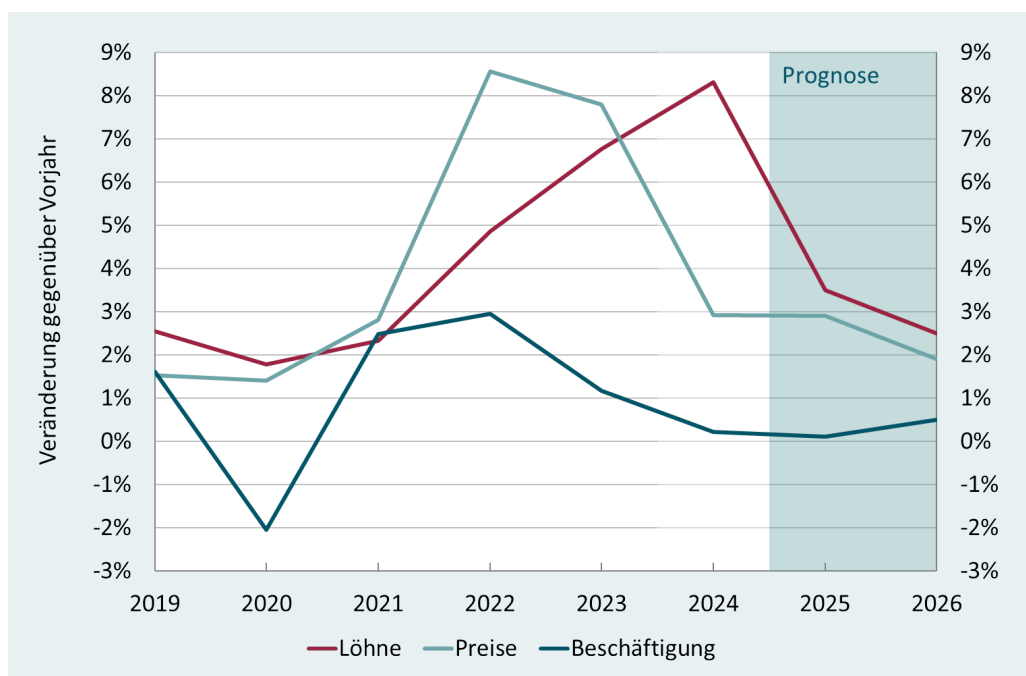
Quelle: Statistik Austria, LSEG Datastream, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real



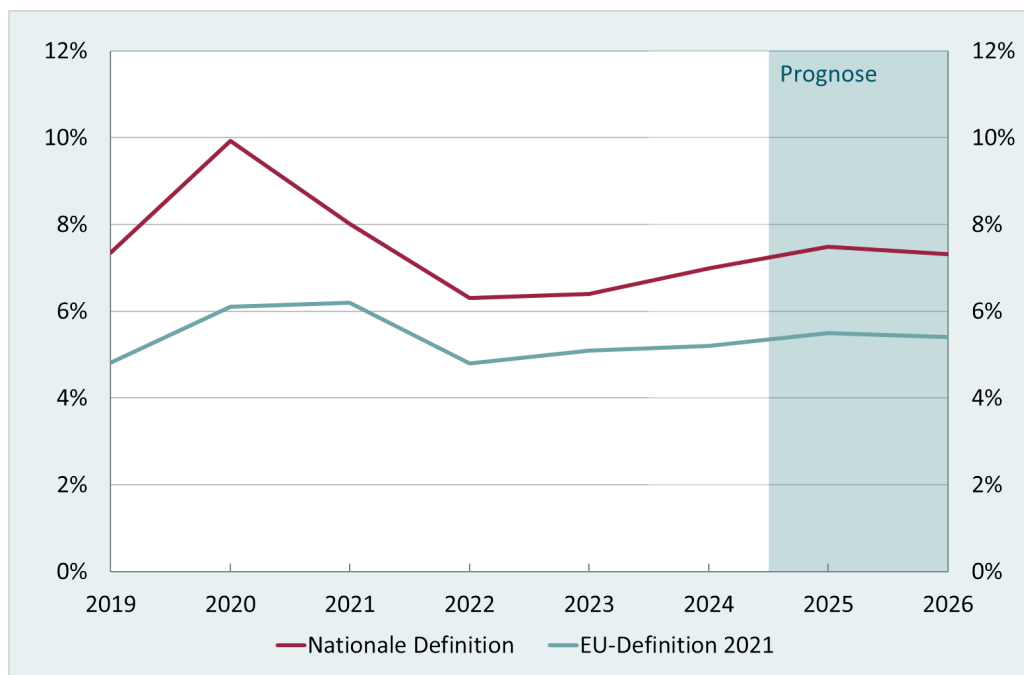
Quelle: Statistik Austria, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



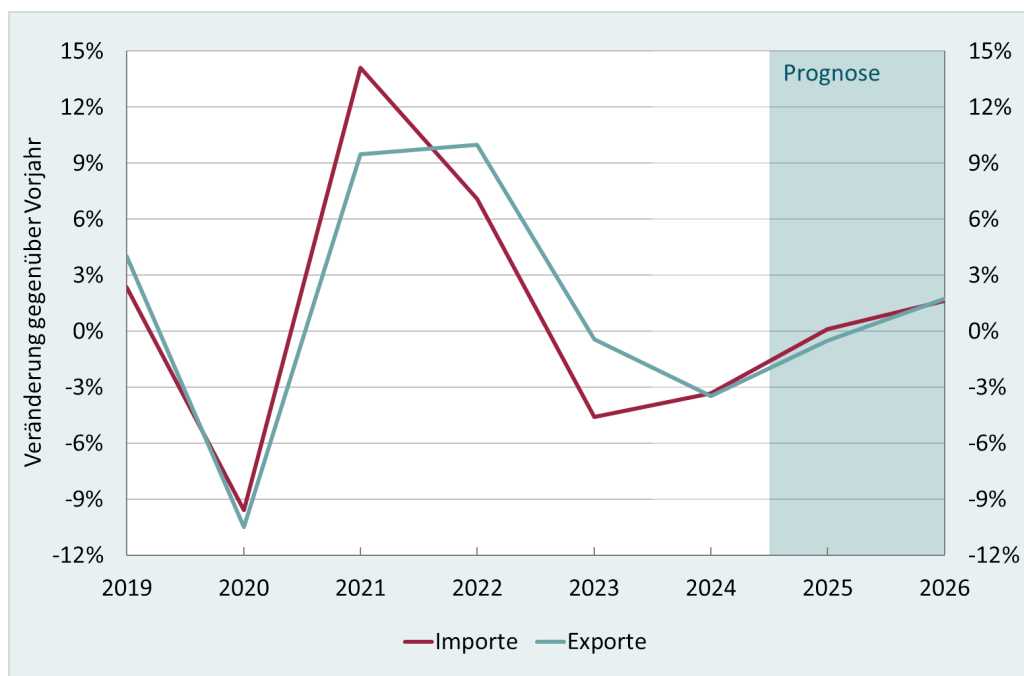
Quelle: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 3: Arbeitslosenquote



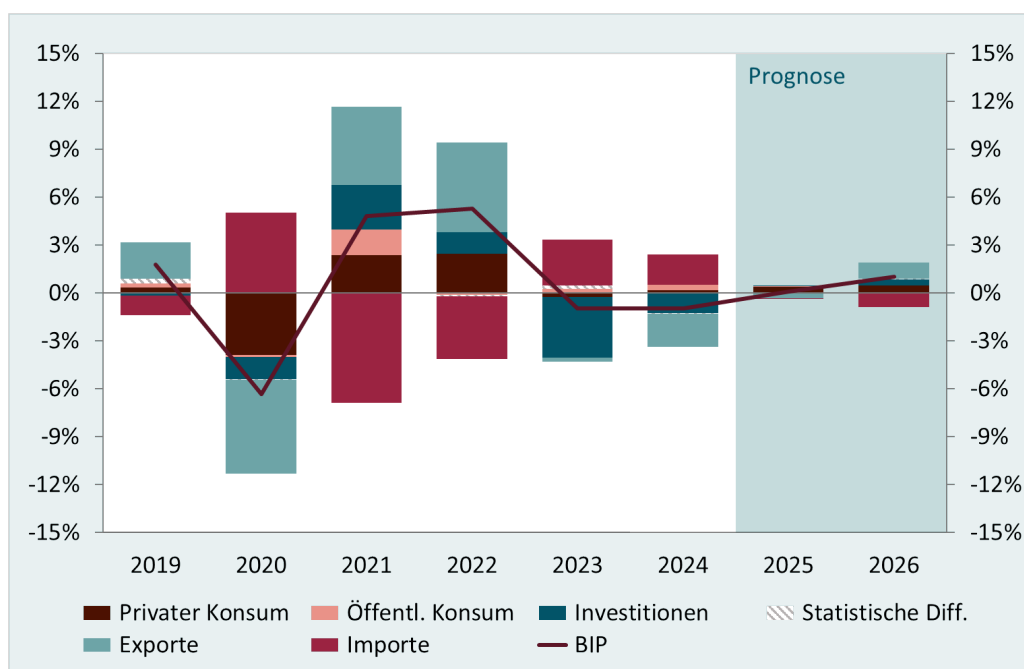
Quelle: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)



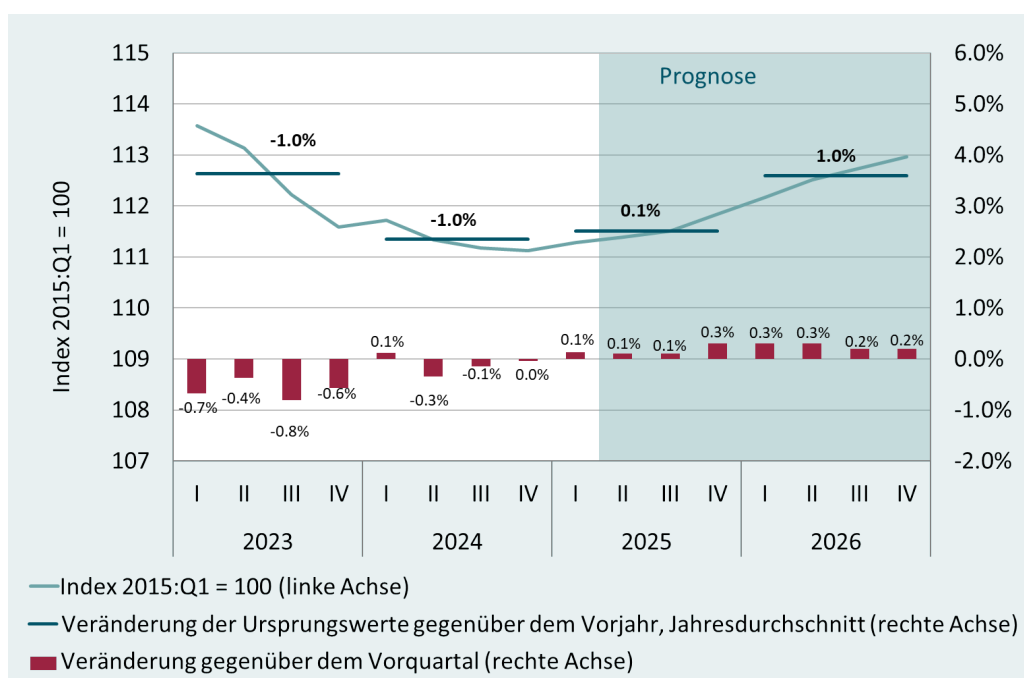
Quelle: Statistik Austria, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2025 Prognose des IHS

**Abbildung 6: Reales Bruttoinlandsprodukt
saison- und kalenderbereinigter Verlauf**



Quelle: Statistik Austria, ab 2. Quartal 2025 Prognose des IHS

2 Die internationale Konjunktur

2.1 Überblick

Die **Weltwirtschaft** hat im ersten Quartal 2025 moderat expandiert. Dabei wurde die Entwicklung durch die US-Zollpolitik beeinflusst. In der Gruppe der OECD-Länder schwächte sich die Expansion ab. Nachdem in den drei vorangegangenen Quartalen die Wirtschaftsleistung jeweils um 0,5 % gestiegen war, nahm sie zu Beginn des laufenden Jahres nur noch um 0,3 % zu. Dies ist zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass das Bruttoinlandsprodukt in den USA leicht zurückging und in Japan stagnierte, nachdem es in den beiden Ländern im Herbst 2024 noch kräftig ausgeweitet worden war. Die Importe nahmen deutlich zu, was insbesondere im Fall der USA auch mit Aufstockungen der Lagerbestände im Vorfeld zu erwartender Importzollerhöhungen zu erklären ist. Auf der anderen Seite trugen steigende Exporte dazu bei, dass das Quartalswachstum im Euroraum sowie in der gesamten EU mit 0,6 % und im Vereinigten Königreich mit 0,7 % kräftig war. In China trugen die Exporte, zusammen mit einem durch expansive fiskalpolitische Maßnahmen gestützten Konsum, dazu bei, dass sich die Konjunktur nur wenig von 1,6 % auf 1,2 % abschwächte.

Die Weltwirtschaft steht seit dem Amtsantritt des aktuellen US-Präsidenten im Bann der US-Zollpolitik. Bereits im Februar 2025 wurden erste Zusatzzölle auf Einfuhren aus Kanada, Mexiko und China sowie allgemein auf Importe von Stahl, Aluminium und Kraftfahrzeugen eingeführt. Seit April fordern die USA von praktisch allen Handelspartnern einen Zusatzzoll von mindestens 10 %. Für Einfuhren von Stahl und Aluminium sowie Kfz und Teilen für Pkw greifen die zuvor eingeführten höheren Zollsätze. Zum Teil kam es zu Vergeltungsmaßnahmen der Handelspartner. Teils wurden Zollerhebungen später wieder zurückgenommen. Im Handel zwischen den USA und China waren die gegenseitigen Zollsätze nach mehreren Eskalationsrunden zwischenzeitlich wohl prohibitiv hoch, bevor sich beide Länder darauf verständigten, den größten Teil der Zusatzzölle wieder zurückzunehmen und bis August eine Verhandlungslösung zu suchen. Die Unvorhersehbarkeit und Volatilität der Zollankündigungen wird etwa daraus ersichtlich, dass Anfang Juni, also während die Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und der US-Regierung liefen, angekündigt wurde, dass ab dem 4. Juni die US-Zölle auf Importe von Stahl und Aluminium aus der EU auf 50 % verdoppelt würden.

Im Winterhalbjahr 2024/25 hat die globale Industrieproduktion gemäß Daten des niederländischen CPB deutlich zugelegt. Einem Anstieg um 0,9 % im vierten Quartal 2024 folgte eine Zunahme um 1,1 % im ersten Quartal 2025. Dabei wurde die Produktion im Euroraum und in China kräftig ausgeweitet, während sie in Japan sank.

Wohl zu einem großen Teil getrieben durch Vorzieheffekte wegen der angekündigten US-Importzölle wurde auch der weltweite Warenhandel im ersten Quartal des laufenden Jahres ausgeweitet. Einer Zunahme um 0,5 % im vierten Quartal des vergangenen Jahres folgte zu Beginn des heurigen Jahres eine Ausweitung um 2,0 %. Dabei legten die US-Importe sehr stark zu, was einen klaren Hinweis darauf liefert, dass Vorzieheffekte wegen der Zollpolitik eine maßgebliche Rolle gespielt haben dürften. Laut den CPB-Daten nahmen die Exporte des Vereinigten Königreichs besonders schwungvoll zu, aber auch die fortgeschrittenen Volkswirtschaften in Asien steigerten ihre Ausfuhren merklich.

Die Rohstoffpreise hatten in den vergangenen Monaten vor der Eskalation der Konflikte im Nahen Osten deutlich nachgegeben. So kostete ein Barrel Rohöl der Nordseesorte Brent am 12. Juni mit rund 72 US-Dollar etwa 6 % weniger als zu Jahresanfang. Zu diesem Rückgang dürften Sorgen um die internationale Konjunktur im Zusammenhang mit den Handelskonflikten maßgeblich beigetragen haben. Darüber hinaus gaben einige OPEC-Mitgliedstaaten bekannt, ihre Ölförderung auszuweiten. Die internationale Energieagentur erwartet, dass das globale Rohölangebot im Jahr 2025 die Nachfrage übersteigen wird. Nach den Angriffen Israels auf den Iran am 13. Juni sprang der Ölpreis innerhalb eines Tages um 7 %. Mitte Juni war er mit etwa 75 US-Dollar je Barrel um etwa 2 % niedriger als zu Jahresbeginn und um etwa 9 % niedriger als vor einem Jahr. Auf Basis der Notierungen an den Terminmärkten wird für diese Prognose unterstellt, dass ein Barrel der Ölsorte Brent im Durchschnitt des heurigen Jahres knapp 70 US-Dollar und im kommenden Jahr rund 65 US-Dollar kosten wird.

Auch der europäische Gaspreis ist im Frühjahr gesunken. Am 12. Juni kostete eine MWh mit rund 36 Euro etwa 25 % weniger als zu Jahresbeginn und 10 % weniger als am Ende des ersten Quartals. Dieser Preistrückgang war unter anderem darauf zurückzuführen, dass in der EU die Vorgabe, dass die nationalen Gasspeicher am 1. November jeden Jahres zu mindestens 90 % gefüllt sein müssen, gelockert wird. Auch der Gaspreis schnellte am 13. Juni im Einklang mit dem Ölpreis nach oben. Mitte Juni kostete eine MWh Erdgas zur Lieferung in einem Monat mit rund 38 Euro 6 % mehr als vor einem Jahr. Die Preise für die meisten Industrie- und Nahrungsmittelrohstoffe waren in den vergangenen Monaten weitgehend stabil bzw. sind teilweise am aktuellen Rand leicht gesunken.

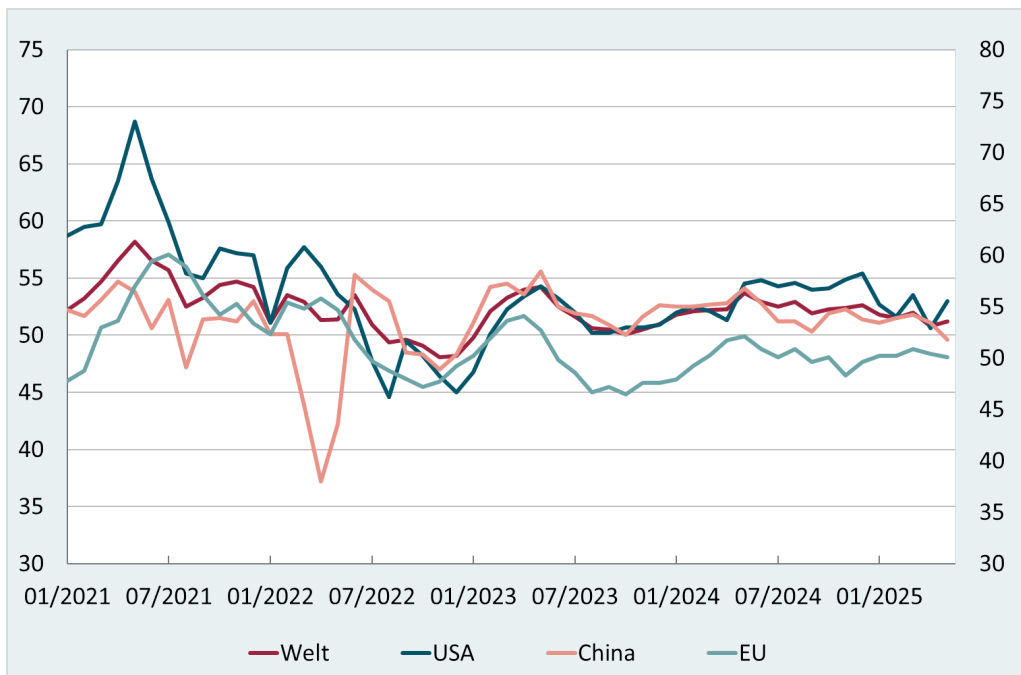
Mit dem Rückgang der Energiepreise hat sich der Disinflationsprozess fortgesetzt, wenn auch mit Unterschieden zwischen den Ländern bzw. Wirtschaftsräumen. So betrug im Mai im Euroraum die Verbraucherpreisinflation 1,9 %, und in den USA belief sie sich auf 2,4 %. Hoch blieb die Teuerung in Japan und im Vereinigten Königreich (3,5 % bzw. 3,4 %). Weiterhin sind vielerorts die Kernraten der Inflation ohne die

Preise für Energie und Nahrungsmittel hoch. In vielen Ländern bleiben dabei die Dienstleistungspreise die wesentlichen Inflationstreiber. Dort ist der Spielraum für Produktivitätssteigerungen häufig begrenzt, sodass Lohnerhöhungen im Vergleich zur Industrie stärker in Preissteigerungen münden.

Die unterschiedliche Entwicklung der Inflation und die Erwartungen hinsichtlich der Inflationseffekten der angekündigten US-Importzölle haben dazu geführt, dass die Zentralbanken die Leitzinsen in unterschiedlichem Ausmaß und Tempo gesenkt haben. Daher liegt der Einlagensatz im Euroraum derzeit um mehr als zwei Prozentpunkte unter dem Leitzins in den USA, wo die Spanne seit Dezember 2024 von 4,25 % bis 4,50 % beträgt. Dieses Zinsdifferenzial dürfte dazu beigetragen haben, dass der Euro zwischen Anfang Oktober 2024 und Mitte Jänner 2025 rund 8 % abgewertet hatte. Seitdem hat der Euro allerdings den Wertverlust mehr als wettgemacht und notierte Mitte Juni mit rund 1,16 US-Dollar je Euro um rund 12 % höher als zu Jahresbeginn. Hierzu könnte beigetragen haben, dass mit der erratischen Politik des US-Präsidenten inzwischen auch die Sorgen um die US-Konjunktur zugenommen haben. Für die Prognose wird ein Wechselkurs von 1,12 USD/EUR bzw. 1,15 USD/EUR in den beiden Prognosejahren unterstellt.

Im Prognosezeitraum dürfte die US-Zollpolitik einschließlich zu erwartender Gegenmaßnahmen der Handelspartner die Weltwirtschaft weiter beeinflussen. Die Einfuhrzölle beeinträchtigen nicht nur unmittelbar die Realwirtschaft. Neben dem Handelskanal ist durch die unvorhersehbare und erratische Zollpolitik auch die handels- und wirtschaftspolitische Unsicherheit massiv gestiegen. Unsicherheit kann dazu führen, dass Unternehmen Investitions- und Standortentscheidungen und private Haushalte die Anschaffungen insbesondere langlebiger Konsumgüter aufschieben. Außerdem kann Unsicherheit Banken zu einer zurückhaltenderen Kreditvergabe veranlassen. Insgesamt dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion aber moderat zunehmen. Darauf deuten Frühindikatoren wie die globalen Einkaufsmanagerindizes (EMI) hin (Abbildung 7). Der EMI für die Gesamtwirtschaft befand sich im Mai mit 51,2 Punkten knapp oberhalb der Schwelle von 50 Punkten, die ein Produktionswachstum im Monatsvergleich anzeigt.

Alles in allem dürfte das globale BIP in beiden Prognosejahren um rund 3 % steigen. Für die Gruppe der OECD-Länder werden Wachstumsraten von 1,5 % bzw. 1,7 % erwartet. Der weltweite Warenhandel steigt laut IHS-Prognose im laufenden Jahr um 2,2 % und im Jahr 2026 um 0,8 %. Der relativ starke Anstieg im laufenden Jahr ist auf die hohe Zunahme im Winterhalbjahr 2024/25 wegen der Vorzieheffekte zurückzuführen. Im weiteren Prognoseverlauf wird der Handelskonflikt den weltweiten Warenaustausch spürbar bremsen.

Abbildung 7: Einkaufsmanagerindizes in ausgewählten Ländern und Regionen

Quelle: LSEG Datastream

Die Zollpolitik und die Unsicherheit könnten die Wirtschaftsaktivität stärker dämpfen als in dieser Prognose unterstellt. Auch die fiskalischen Risiken nehmen zu. Die Staatsverschuldung ist in vielen Ländern bereits hoch, und der Ausgabendruck in Bereichen wie Verteidigung, Investitionen in die grüne Transformation und den mit der Alterung der Bevölkerung verbundenen Kosten nimmt zu. Auch die Kosten für den Schuldendienst steigen. Hohe Schuldenstände und verschärfte Finanzierungsbedingungen stellen besondere Risiken für Entwicklungsländer dar, von denen viele in naher Zukunft einen hohen Refinanzierungsbedarf haben.

Risiken gehen auch von den Auswirkungen des Handelskonflikts zwischen den USA und China auf die Seefracht aus. So könnte eine Pause oder eine Lösung im Zollstreit eine abrupte Steigerung der Nachfrage nach Containertransporten auslösen. Dies könnte, ähnlich wie während der Coronapandemie, Preissteigerungen, logistische Engpässe, Staus und Verzögerungen im Seetransport zur Folge haben. Darüber hinaus besteht das Risiko, dass die chinesischen Exportrestriktionen auf Seltene Erden die Industrieproduktion in den bisherigen Abnehmerländern beeinträchtigen, insbesondere im Fall einer Ausweitung und restriktiveren Handhabung dieser Ausfuhrbeschränkungen gegenüber wichtigen Handelspartnern. Weiterhin hoch sind auch die geopolitischen Risiken, etwa im Umfeld des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine oder im Zusammenhang mit den Spannungen um Taiwan. Die größten Risiken gehen derzeit von der Eskalation der geopolitischen Konflikte im Nahen Osten aus.

2.2 Länder und Regionen

Im **Euroraum** stieg die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2025 um 0,6 %, nach 0,3 % Ende 2024. Nachdem in den beiden Vorquartalen vor allem der private Konsum positive Beiträge geliefert hatte, kamen im ersten Quartal größere Wachstumsbeiträge von den Bruttoanlageinvestitionen und den Nettoexporten. Die Beschleunigung gegenüber dem im vierten Quartal beobachteten Zuwachs war nicht zuletzt auf Irland zurückzuführen, wo die Wirtschaftsleistung um 9,7 % expandierte, sodass ein Drittel des Quartalswachstums des Euroraums auf Irland zurückging. Dies wurde vor allem durch die Investitionen und die Exporte getrieben. Der größte Teil des Investitionswachstums ging auf die Ausgaben multinationaler Unternehmen für Eigentumsrechte zurück. Die Exporte Irlands stiegen im ersten Quartal um 9,3 %, was vor allem auf die Pharmaindustrie zurückzuführen ist. Neben Irland war die Beschleunigung des Wachstums auch durch die Erholung in Deutschland bedingt, wo nach dem BIP-Rückgang zum Ende des vergangenen Jahres nun eine Expansion um 0,4 % verzeichnet wurde. In Spanien blieb die BIP-Zunahme mit 0,6 % kräftig. In Italien erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt um 0,3 %, während es in Frankreich mit 0,1 % moderater zulegte. Auf der Entstehungsseite expandierte im ersten Quartal die Wertschöpfung vor allem im Verarbeitenden Gewerbe mit 1,4 % kräftig. Mit derselben Rate wurde auch im Bereich Information und Kommunikation die Wertschöpfung ausgeweitet, während das Wachstum in den übrigen Dienstleistungsbereichen mit 0,2 % bis 0,4 % moderater war.

Die Zahl der Erwerbstätigen war im ersten Quartal um 0,2 % höher als im vierten Quartal, in dem die Zunahme 0,1 % betragen hatte. Anders ist das Bild bei der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. Diese hatte im vierten Quartal 2024 um 0,5 % zugenommen, ist dann aber zu Beginn des laufenden Jahres um 0,3 % gesunken. Die harmonisierte Arbeitslosenquote ist weiter zurückgegangen. Im April erreichte sie mit 6,2 % den niedrigsten Stand seit Beginn der Währungsunion. Die Unterschiede bei der Arbeitslosenquote zwischen den großen Volkswirtschaften bleiben bestehen. Deutschland (3,6 %) befindet sich am unteren Rand, während Spanien (10,9 %), Frankreich (7,1 %) und Italien (5,9 %) weiterhin höhere Arbeitslosenquoten verzeichnen.

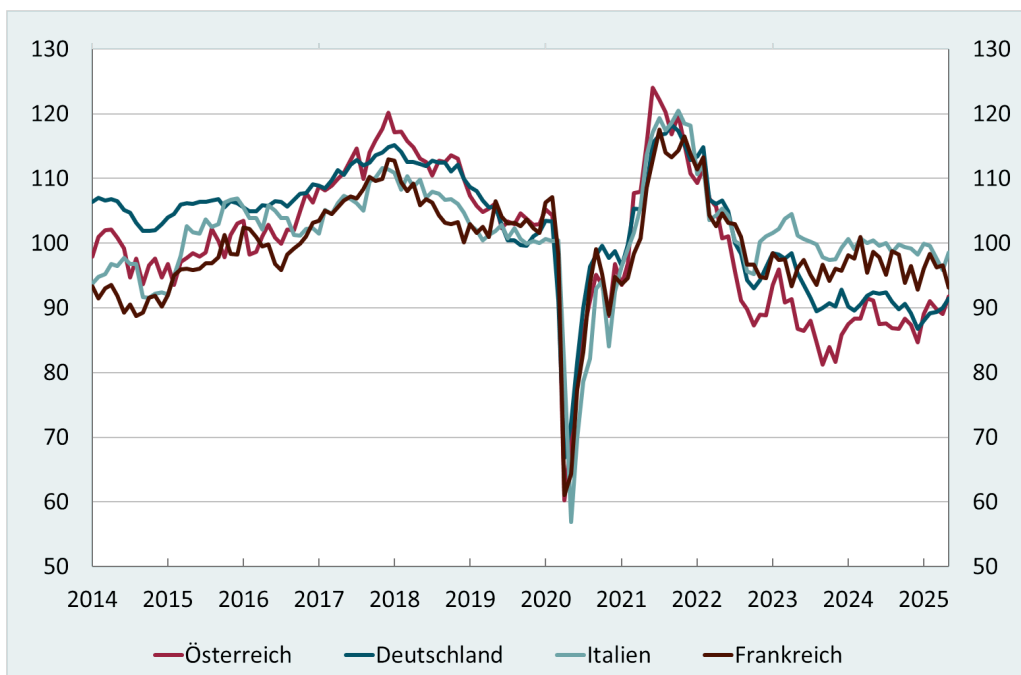
Die Inflation ging in im bisherigen Jahresverlauf allmählich von 2,5 % auf 1,9 % im Mai zurück, was in erster Linie auf die Energiepreise zurückzuführen ist. Die Kerninflation (ohne Energie, Nahrungsmittel und Tabak) ist im Mai auf 2,3 % gesunken und erreichte damit ein Dreijahrestief. Die Dienstleistungen tragen mit 1,5 Prozentpunkten weiterhin am stärksten zur Inflation bei.

In der ersten Jahreshälfte setzte die Europäische Zentralbank (EZB) ihre geldpolitische Lockerung fort, indem sie die Leitzinsen viermal nacheinander senkte, was sie mit der Abschwächung der Inflation und des Lohnwachstums begründete. Der Wage-Tracker der EZB mit über das Jahr geglätteten Einmalzahlungen, der auf Basis der jeweils vorliegenden Lohnabschlüsse berechnet wird, lässt aktuell ein Lohnwachstum von 3,1 % im Euroraum im Jahr 2025 erwarten, nach 4,7 % im vergangenen Jahr. Angesichts der Aussichten, dass die Inflationsrate im Prognosezeitraum mit dem Ziel der EZB im Einklang stehen dürfte, sowie der Erwartung eines moderaten, wenn auch unsicheren Wachstumspfad dürfte die EZB den Zinssatz für die Einlagefazilität bei der im Juni erreichten Marke von 2,0 % belassen.

Die Konjunktur ist weiterhin durch eine Diskrepanz zwischen dem Verarbeitenden Gewerbe und dem Dienstleistungssektor gekennzeichnet. Das Verarbeitende Gewerbe, das mit erheblichem Gegenwind zu kämpfen hatte, zeigt Anzeichen einer Stabilisierung. Darauf deutet etwa der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe hin, der im Mai zwar weiterhin unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten notierte, aber den höchsten Wert seit August 2022 erreichte. Diese Verbesserung ist auf einen leichten Anstieg der Produktion und eine Stabilisierung der Auftragseingänge zurückzuführen. Der Einkaufsmanagerindex für die Dienstleistungen fiel im Mai unter die 50-Punkte-Marke, was hauptsächlich auf einen starken Rückgang der Erwartungen in Deutschland zurückzuführen ist. Damit ist der Index für den Dienstleistungssektor erstmals seit vergangenem November unter die Wachstumsschwelle gesunken und verzeichnete den niedrigsten Wert seit Anfang 2024.

Insgesamt deuten diese Entwicklungen, wie auch der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung, der von der Europäischen Kommission veröffentlicht wird (Abbildung 8), auf einen moderaten Wachstumspfad für die Wirtschaft des Euroraums hin. Die Abschwächung der Erwartungen im Dienstleistungssektor hat die allgemeine Konjunkturdynamik trotz der Verbesserungen im Verarbeitenden Gewerbe gedämpft, und die anhaltenden internationalen Handelsspannungen stellen die Unternehmen vor große Herausforderungen. Wegen der Vorzieheffekte, die das Wachstum zu Jahresbeginn gestützt haben, werden die Wachstumsraten in den kommenden Quartalen wohl niedriger ausfallen. Über den Prognosehorizont hinweg dürften die sinkenden Kreditkosten und die niedrigere Inflation Impulse für die Investitionen bzw. den privaten Konsum liefern. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 1,0 % und im kommenden Jahr um 1,5 % expandieren. Die Inflation dürfte im Prognosezeitraum mit dem Ziel der EZB im Einklang stehen. Die Arbeitslosigkeit wird wohl noch leicht zurückgehen (Tabelle 2).

Abbildung 8: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)



Quelle: Europäische Kommission, LSEG Datastream

Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent

	2024	2025	2026
BIP-Veränderung	0,9	1,0	1,5
Arbeitslosenquote	6,4	6,2	6,1
HVPI-Inflation	2,4	2,0	1,8

Quelle: Eurostat, ab 2025 Prognose des IHS

Erhebliche Risiken für die Konjunktur gehen weiterhin von der Handelspolitik aus. Sollten, wie von der US-Regierung in den Raum gestellt, alle Importe aus der EU mit einem Zollsatz von 25 % belegt werden, würde die Wirtschaftsleistung erheblich niedriger sein. Alleine die sehr hohe Unsicherheit, die von der unvorhersagbaren US-Handelspolitik ausgeht, belastet die gesamtwirtschaftliche Produktion, insofern besteht aber auch die Möglichkeit einer günstigeren Entwicklung, falls es zu einer Einigung im Handelskonflikt kommt und die Unsicherheit spürbar abnimmt. So schätzt die EZB, dass das Wachstum im Euroraum im Zeitraum 2025 bis 2026 um 0,3 bis 0,4 Prozentpunkte höher sein könnte, falls die US-Importzölle gegenüber der EU auf das Niveau vor dem Amtsantritt der aktuellen US-Regierung gesenkt würden.

Die **Vereinigten Staaten** verzeichneten im ersten Quartal 2025 einen BIP-Rückgang um 0,1 %, der stark durch Sondereffekte infolge der Handelspolitik der USA bestimmt war. Während sich die Inlandsnachfrage solide entwickelte, führte ein markanter Anstieg der Importe zur Reduktion des BIP. Der Importanstieg wurde durch Vorzieheffekte infolge erwarteter Zollerhebungen verursacht. Der private Konsum und die Bruttoanlageinvestitionen stiegen um 0,3 % bzw. 1,9 % gegenüber dem Vorquartal. Der öffentliche Konsum ging um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal zurück. Die Exporte und Importe wuchsen um 0,6 % bzw. 9,3 %. Der Anstieg der Importe spiegelte sich in einem ebenso markanten Anstieg der Lagerinvestitionen, was darauf hinweist, dass Warenimporte für eine spätere Verwendung vorgezogen wurden. Mit hoher Wahrscheinlichkeit kommt es im Folgequartal zu einer Gegenbewegung, worauf die BIP-Echtzeitindikatoren der Federal Reserve Banken von Atlanta und New York aktuell hinweisen. Infolge der erratischen Zollpolitik ist die weitere Konjunkturentwicklung aber durch hohe Unsicherheit überschattet. Der ISM-Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe ging in den letzten beiden Monaten nach einem kurzen Zwischenhoch zu Beginn des Jahres wieder zurück und lag im Mai mit 48,5 unter der Expansionsschwelle. Die ISM-Umfrage im Dienstleistungsbereich ging seit letztem Jahr ebenfalls zurück und lag mit 49,9 knapp unter der Wachstumsschwelle. Auch die Stimmung unter Konsument:innen hat sich seit Jahresbeginn eingetrübt. Zugleich stiegen die Inflationserwartungen infolge der durch die Zölle erwarteten Teuerung.

Der Arbeitsmarkt hält sich weiterhin gut. Der Beschäftigungszuwachs lag im Durchschnitt der letzten sechs Monate bei 157.000 neuen Stellen. Damit wurden seit dem Jahreswechsel sogar wieder etwas mehr neue Stellen geschaffen als etwa zur Mitte des vergangenen Jahres. Die Arbeitslosenquote ist seit dem Frühjahr 2024 relativ stabil und lag im Mai bei 4,2 %. Der Anstieg der durchschnittlichen Stundenlöhne lag im Mai bei 3,9 % gegenüber dem Vorjahresmonat und hat sich damit gegenüber der durchschnittlichen Entwicklung im vergangenen Jahr etwas verlangsamt.

Entgegen den Erwartungen ist die Inflationsrate zuletzt zurückgegangen, was vor allem auf die im Jahresvergleich stark gesunkenen Energiepreise zurückzuführen war. Im Mai lag sie bei 2,4 %. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) betrug 2,8 %. Trotz sinkender Inflation beließ die Notenbank Fed das Zielband für die Leitzinsen seit Dezember unverändert zwischen 4,25 % und 4,50 %. Die Risiken für das Beschäftigungs- sowie das Inflationsziel sind laut der Fed gestiegen.

Die US-Handelspolitik stellt einen großen Unsicherheitsfaktor für Unternehmen dar. Zu den weitreichendsten Maßnahmen zählen Zölle auf Waren aus Kanada und Mexiko in Höhe von 25 % sowie der Handelskrieg mit China. Ein Abkommen mit China führte zuletzt zu einer starken Zollreduktion auf 10 % auf Seiten der USA bzw. 20 % seitens Chinas. Generell sind seit April universelle „reziproke“ Zölle in Höhe von 10 %

in Kraft. Zusätzlich gelten Zölle von 25 % auf Autos und 50 % auf Stahl und Aluminium, welche die EU besonders hart treffen. Eine Drohung über 50 %-Zölle für alle Importe aus der EU steht im Raum. Angesichts eines erhöhten Budgetdefizits ist auch die Haushaltskonsolidierung ungewiss. Importzölle erhöhen die Preise für die Konsument:innen und führen zu einer Aufwertung des US-Dollars. Eine höhere Inflationsrate führt zu einer restriktiveren Geldpolitik der Fed, was das Wachstum dämpfen würde. Demzufolge und aufgrund der erhöhten Unsicherheit wird davon ausgegangen, dass sich die Konjunktur gegenüber dem starken Wachstum des Vorjahres abkühlt. Für das laufende und das nächste Jahr wird ein BIP-Wachstum von jeweils 1,7 % erwartet.

Im ersten Quartal 2025 stagnierte die Wirtschaftsleistung in **Japan**, nach einem robusten Wachstum im Vorquartal. Im Vorjahresvergleich expandierte das BIP um 1,7 %. Während der private Konsum lediglich um 0,1 % zunahm, legten die privaten Investitionen deutlich zu. Insbesondere in der Halbleiterindustrie werden derzeit neue Produktionskapazitäten aufgebaut. Im Gegensatz dazu wirkten der Staatskonsum und die öffentlichen Investitionen wachstumsdämpfend. Die Exporte gingen nach drei kräftigen Quartalen erstmals wieder leicht zurück.

Die Inflation verharrt auf hohem Niveau und betrug im Mai 3,5 %. Infolge jüngster Missernten und einer wachsenden Nachfrage haben sich die Preise für Reis nahezu verdoppelt. Gleichzeitig kam es zu einem sprunghaften Anstieg der Energiekosten, nachdem die Regierung die Subventionen für Gas und Strom gekürzt hatte. Andererseits fällt die Preissteigerung bei Dienstleistungen jedoch geringer aus als bei Waren. Angesichts der starken Yen-Abwertung und der dadurch befeuerten Inflation setzte die Bank of Japan in den letzten Monaten die Straffung ihrer Geldpolitik fort. Sie erhöhte im Jänner ihren Leitzins erneut um 0,25 Prozentpunkte. Da dieser damit bei lediglich 0,5 % liegt, wirkt die Geldpolitik weiterhin stark expansiv. Neben dieser vorsichtigen Zinserhöhung reduziert die Zentralbank nun auch spürbar ihre Käufe von Staatsanleihen.

Der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe liegt unter der Expansionsschwelle von 50, ist aber im Trend aufwärtsgerichtet. Mit einem Wert von knapp über 50 Punkten deutete der Index für den Dienstleistungssektor zuletzt auf eine leichte Expansion hin. Nachdem sich die Konsumstimmung im April spürbar eingetrübt hatte, verbesserte sie sich im Mai wieder leicht. Dennoch dürfte der private Konsum angesichts der weiterhin hohen Inflation nur verhalten zulegen. Der Arbeitskräftemangel dürfte zu einem etwas stärkeren Anstieg der Reallöhne führen und die staatlichen Anreize zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen das Arbeitskräfteangebot erhöhen. Gleichzeitig verharrte die Arbeitslosenquote im April auf dem niedrigen Niveau von 2,5 %. Die Anhebung der Verteidigungsausgaben um etwa 10 %

ab 1. April wird einen weiteren Impuls für die Konjunktur geben. Um diese Ausgaben zu finanzieren, wird aber die Körperschaftsteuer erhöht. Dämpfend auf die wirtschaftliche Dynamik wirken sowohl die anhaltend hohe globale Unsicherheit, die zu einer Investitionszurückhaltung der Unternehmen führt, als auch die von den USA verhängten Importzölle auf japanische Ausfuhren. Die 25-prozentigen US-Zölle machen sich zunehmend auch bei den japanischen Automobilkonzernen bemerkbar. Im Mai sank der Wert japanischer Auto- und Autoteileexporte in die USA um rund 25 %. Dieser deutliche Rückgang ist jedoch zum Teil darauf zurückzuführen, dass japanische Hersteller ihre Preise deutlich gesenkt haben, um die zusätzlichen Kosten der US-Zölle abzufedern. Nach einem Wachstum von 0,2 % im Vorjahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 0,8 % in diesem und um 0,6 % im kommenden Jahr expandieren.

Mit einem Wachstum von 1,2 % hat sich die Expansion der Wirtschaftsleistung in der **Volksrepublik China** im ersten Quartal 2025 gegenüber dem Vorquartal leicht verlangsamt. Gegenüber dem Vorjahr zog die gesamtwirtschaftliche Produktion um 5,4 % an. Gestützt durch ein Programm, das Konsument:innen durch Subventionen dazu anregen soll, alte Geräte, Fahrzeuge und Elektronik durch neue zu ersetzen, trug der private Konsum im ersten Quartal deutlich zum BIP-Wachstum bei. Zusätzlich profitierte die Wirtschaft von den Vorzieheffekte bei den Exporten im Vorfeld höherer US-Zölle. Gleichzeitig blieb das Importwachstum aufgrund der schwachen Inlandsnachfrage gedämpft. Im Bereich der Hochtechnologie erhöhten sich Investitionen und heimische Produktion, was den Importbedarf Chinas reduzierte.

Der Handelskonflikt belastet Chinas Exporte in die USA. Nach Angaben der chinesischen Zollbehörde sank der Wert der chinesischen Exporte in die USA im Mai im Vergleich zum Vorjahresmonat um 35 %. Allerdings konnte dieser Rückgang durch höhere Exporte in andere Regionen kompensiert werden. Insgesamt stieg der Exportwert in US-Dollar im Jahresvergleich um 5 %. Besonders dynamisch entwickelten sich die Exporte in die ASEAN-Länder (15 %), in die EU (12 %) und nach Afrika, wo mit einem Zuwachs von 30 % das stärkste Wachstum verzeichnet wurde. Dabei ist zu beachten, dass chinesische Unternehmen ihre Exporte in die USA vermehrt über Drittstaaten in Südostasien umleiten, um Handelsbeschränkungen zu umgehen. Chinas Importe blieben im Mai schwach und lagen gemessen am Dollarwert 3 % unter dem Vorjahreswert. Besonders die Einfuhren aus den ASEAN-Ländern und Nordamerika gingen zurück, während die Importe aus der EU stabil blieben.

Seit März verharrt die Inflationsrate knapp unterhalb der Nulllinie, im Mai sanken die Verbraucherpreise erneut um 0,1 % gegenüber dem Vorjahr. Ausschlaggebend dafür waren vor allem gesunkene Preise für Nahrungsmittel, Transport und Telekommunikation. Um die Binnennachfrage zu stärken, den Immobiliensektor zu stützen und den starken Zollerhöhungen im Handel mit den USA entgegenzuwirken, lockerte die

chinesische Regierung die Geldpolitik mehrfach und kündigte fiskalische Stützungsmaßnahmen an.

Die aktuellen Indikatoren deuten auf ein nur verhaltenes Wachstum hin. So sank im Mai der Caixin Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe unter der Expansionsschwelle auf 48,3 Punkten nach 50,2 im April. Dieser Verschlechterung liegen insbesondere eine niedrigere Produktion und schwächere Auftragseingänge in der Industrie sowie sinkende Exporte angesichts der anhaltenden Unsicherheit im Außenhandelsumfeld zugrunde.

Trotz der expansiven Geld- und Fiskalpolitik bleibt die Konjunktur angesichts zunehmender handelspolitischer Spannungen verhalten. Der private Konsum wird voraussichtlich schwach bleiben, belastet durch die anhaltende Immobilienkrise und die daraus resultierenden Schuldenprobleme lokaler Regierungen und privater Haushalte. Zusätzlich wirken die hohen handels- und geopolitischen Unsicherheiten dämpfend auf die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Ein Wachstumsimpuls wird wohl vom staatlichen Konjunkturpaket ausgehen. Dieses umfasst fiskalische Maßnahmen wie erhöhte Staatsausgaben, um die Wirtschaft anzukurbeln, und eine Senkung der Mindestreserven der Banken zur Unterstützung des Immobiliensektors. Der Fokus liegt dabei auf der Stärkung der Binnennachfrage. Weitere wichtige Prioritäten sind die Beschleunigung der Investitionen, die Technologie- und Industrieentwicklung, die Stärkung von Forschung, Bildung und Innovation sowie die „Invest-in-China“-Initiative, um ausländische Investitionen anzuziehen. Insgesamt erwartet das Institut für die Jahre 2025 und 2026 ein BIP-Wachstum von 4,5 % bzw. 4,0 %.

In **Deutschland** hat die Wirtschaftsleistung zu Jahresbeginn deutlich zugelegt. Der Anstieg um 0,4 % dürfte aber auch auf Vorzieheffekte im Zusammenhang mit den angekündigten Erhöhungen der US-Importzölle zurückzuführen sein. Darauf deutet hin, dass die Exporte in die USA im März kräftig gestiegen und im April deutlich gesunken sind. Neben den Exporten wurden im ersten Quartal auch der private Konsum und die Investitionen spürbar ausgeweitet. Auf der Entstehungsseite stieg vor allem die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe mit 1,6 % kräftig. Auch im konsumnahen Wirtschaftszweig Handel, Verkehr und Gastgewerbe nahm die Wirtschaftsleistung spürbar zu. Im Bau stagnierte die Wertschöpfung und in einigen Dienstleistungsbereichen wie dem öffentlichen Dienst ging sie zurück.

Im ersten Quartal 2025 blieb die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorquartal unverändert. Die Zahl der Arbeitslosen war im Mai um 197.000 Personen höher als ein Jahr zuvor. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote war mit 6,3 % um 0,4 Prozentpunkte höher als vor einem Jahr und um 0,1 Prozentpunkte höher als zu Jahresbeginn. Einige Indikatoren deuten darauf hin, dass weniger Unternehmen planen,

Stellen abzubauen. Daher dürfte die Beschäftigung in den kommenden Monaten leicht steigen, was zusammen mit dem Rückgang der Erwerbsbevölkerung den Fachkräftemangel in vielen Bereichen weiter verschärfen dürfte.

Die Inflation betrug im Mai 2,1 % (gemessen sowohl am nationalen Verbraucherpreisindex als auch am HVPI). Sinkende Energiepreise sowie eine niedrige Teuerungsrate bei den übrigen Waren trugen dazu bei, dass die Inflationsrate in diesem Jahr kontinuierlich zurückgegangen ist. Die Nahrungsmittelpreise steigen zuletzt stärker als das allgemeine Preisniveau, und vor allem in den Dienstleistungen ist die Teuerung nach wie vor hoch. Der Beitrag der Energiepreise dürfte im kommenden Jahr wieder positiv werden, wozu eine Erhöhung des nationalen CO₂-Preises beiträgt. Insgesamt dürfte die Inflation in beiden Prognosejahren rund 2 % betragen.

Für das zweite Quartal 2025 zeichnet sich eine deutliche Abschwächung des gesamtwirtschaftlichen Expansionstempos als Gegenbewegung zu den Vorzieheffekten im Zusammenhang mit den Exporten in die USA ab. Ab der zweiten Jahreshälfte dürften sich die konjunkturellen Auftriebskräfte verstärken. Darauf deuten Verbesserungen der Stimmungsindikatoren für die Unternehmen und den Konsum hin. Diese Erwartungen gründen sich zu einem großen Teil auf die geplanten öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur und die Verteidigung sowie auf Erwartungen hinsichtlich wachstumsfreundlicher Strukturreformen seitens der neuen Bundesregierung. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 0,3 % und im kommenden Jahr um 1,5 % steigen.

Die **italienische Wirtschaft** expandierte im ersten Quartal 2025 um 0,3 %, nachdem im vierten Quartal 2024 ein BIP-Zuwachs von 0,2 % verzeichnet worden war. Der private Konsum legte um 0,2 % zu, während der öffentliche Konsum um 0,3 % zurückging. Die Bruttoanlageinvestitionen stiegen mit 1,6 % stark an. Auch die Exporte und die Importe verzeichneten mit 2,8 % bzw. 2,6 % markante Anstiege gegenüber dem Vorquartal. Die Exporte waren über die vergangenen vier Quartale gesunken und der Zuwachs könnte auf Vorzieheffekte infolge der US-Zollpolitik zurückzuführen sein. Die Bruttowertschöpfung im produzierenden Gewerbe stieg um 1,1 %. Das Baugewerbe verzeichnete ein Wachstum von 1,4 %. Im Dienstleistungssektor stagnierte die Bruttowertschöpfung im ersten Quartal. Der ausländische Tourismus ist mit einem Anstieg der Nächtigungszahlen um 5,1 % in den ersten beiden Monaten positiv in das Jahr 2025 gestartet. Durch das frühe Osterwochenende im März des Vorjahres gab es im März dieses Jahr einen Rückgang von 5,7 %. Bei den Nächtigungen von italienischen Touristen gab es in Februar und März leichte Rückgänge. Der Arbeitsmarkt blieb weiterhin robust. Die Zahl der Erwerbstätigen lag mit rund 24,2 Millionen seit Beginn des Jahres auf einem Höchstwert. Die Arbeitslosenquote blieb mit 5,9 % im April weiterhin auf niedrigem Niveau.

Die Inflationsrate war im vergangenen Jahr mit 1,0 % niedrig, stieg aber seit Jahresende wieder an. Im Mai betrug sie 1,6 %, nachdem sie in den beiden Monaten davor mit 1,9 % einen Höchststand hatte. Der Anstieg war vor allem auf Preiserhöhungen bei regulierten und nicht regulierten Energieprodukten zurückzuführen. Die Kerninflation (ohne Nahrungsmittel und Energie) betrug im Mai 1,9 %. Eine leicht positive Entwicklung der Realeinkommen setzte sich fort. Im vierten Quartal 2024 betrug der Anstieg 0,6 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Die Sparquote sank von 11,4 % auf 10,7 % und lag damit wieder in der Bandbreite von 10 % bis 11 %, die die Haushalte in den Jahren vor der Coronapandemie angestrebt hatten. Es wird erwartet, dass Infrastrukturinvestitionen aus den NextGenerationEU-Fonds weiterhin zur Konjunkturbelebung beitragen werden. Das Auslaufen der Steuergutschriften für die energetische Sanierung von Wohngebäuden („Superbonus“) sowie weitere Maßnahmen zum Ausgleich der Energiepreissteigerungen haben die öffentlichen Haushalte im vergangenen Jahr entlastet. Das Budgetdefizit dürfte im laufenden Jahr auf 3,3 % zurückgehen. Die positive Entwicklung der Realeinkommen, öffentliche Investitionen sowie verbesserte Finanzierungsbedingungen infolge sinkender Zinsen sollten eine leichte Expansion der Wirtschaft ermöglichen. Für das laufende Jahr rechnet das Institut mit einem BIP-Wachstum von 0,7 %. Für das Jahr 2026 wird ein BIP-Wachstum von 1,0 % prognostiziert.

Die **französische Wirtschaft** verzeichnete im ersten Quartal 2025 einen BIP-Anstieg um 0,1 % nach einem Rückgang um 0,1 % im Vorquartal. Der private Konsum fiel um 0,2 %, während der öffentliche Konsum einen Anstieg von 0,2 % verbuchte. Die Bruttoanlageinvestitionen stagnierten das zweite Quartal in Folge. Der Rückgang der Inlandsnachfrage wurde durch einen Anstieg der Lager kompensiert. Die Exporte fielen stark um 1,8 % und die Importe stiegen um 0,5 %. Folglich war der Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum im ersten Quartal negativ. Die Industrieproduktion stagnierte im ersten Quartal, am Bau ging die Wertschöpfung zurück. Die Einzelhandelsumsätze haben leicht zugelegt. Die Arbeitslosenquote lag im April mit 7,1 % auf einem niedrigen Niveau. Die Inflationsrate fiel bereits im vergangenen Jahr stark. Im Jänner gab es einen vorübergehenden Anstieg auf 1,6 %, seit Februar ging sie wieder zurück und lag im Mai bei 0,7 %. Auch die Kerninflation (ohne Nahrungsmittel und Energie) sank seit Jahresbeginn und lag im Mai bei 0,6 %. Der Rückgang der Inflation wurde vor allem durch sinkende Energiepreise verursacht. Trotz guter Arbeitsmarktbedingungen und sinkender Inflationsraten blieb das Konsument:innenvertrauen seit Jahreswechsel auf einem verhaltenen Niveau und zeigte zuletzt keine steigende Tendenz. Die Vorsicht der Konsument:innen zeigt sich nach wie vor in einer deutlich über dem langjährigen Durchschnitt liegenden Sparquote.

Das Geschäftsklima blieb weiterhin verhalten. In der monatlichen Umfrage der Banque de France erwarteten die Unternehmen Anfang April, dass die Aktivitäten im Dienstleistungssektor und in der Industrie weiter zunehmen werden, während sie sich im Baugewerbe kaum verändern sollen. Die Auftragslage wird in allen Industriesektoren, mit Ausnahme der Luftfahrtindustrie, weiterhin als schwach eingeschätzt. Die Unternehmen beklagen zudem die Unsicherheit durch die Zollpolitik der USA. Die Unternehmensbefragung deutet insgesamt auf eine leicht positive Wirtschaftsentwicklung im zweiten Quartal hin.

Neben der Handelsunsicherheit dürfte die Haushaltskonsolidierung das Wirtschaftswachstum dämpfen. Das Haushaltsdefizit wird voraussichtlich etwas über dem ursprünglichen Defizitziel von 5 % für 2025 liegen. Nach dem hohen Defizit in 2024 (5,8 %), soll ein Teil der Anpassung durch Steuererhöhungen erreicht werden, unter anderem durch Abgaben auf hohe Einkommen und Konzerne. Ein weiterer Teil käme aus Ausgabenkürzungen, vor allem beim Staat, den Kommunen und der Sozialversicherung. Für das laufende Jahr rechnet das Institut mit einem BIP-Wachstum von 0,7 %. Für das Jahr 2026 wird ein BIP-Wachstum von 1,2 % erwartet.

Im ersten Quartal 2025 entwickelte sich die Wirtschaftsleistung in den **mittel- und osteuropäischen Ländern der Europäischen Union** uneinheitlich. Während Polen, Tschechien und Bulgarien ein deutliches Produktionsplus erzielten, mussten Ungarn und Slowenien Rückgänge hinnehmen, und in Rumänien stagnierte die Wirtschaftsleistung. In Kroatien und der Slowakei erhöhte sich die gesamtwirtschaftliche Produktion nur leicht. Der private Konsum entwickelte sich, gestützt durch einen robusten Arbeitsmarkt mit Beschäftigungszuwächsen und spürbaren Lohnerhöhungen, zum zentralen Wachstumstreiber der Wirtschaftsleistung. Allerdings blieb das Konsumwachstum hinter dem Ausmaß der Lohnsteigerungen zurück. Eine Zurückhaltung beim Kauf langlebiger Konsumgüter trug dazu bei. Die Auslandsnachfrage wirkte hingegen überall bremsend. Das eng mit Deutschland verflochtene Verarbeitende Gewerbe litt besonders unter der gedämpften Auslandsnachfrage. Insgesamt sind die Länder der Region weniger stark mit dem US-Markt verflochten, jedoch sind slowakische und ungarische Automobilexporte in die USA von den dortigen Zöllen betroffen. Gleichzeitig blieb das Investitionswachstum aufgrund der Zyklichkeit der EU-Mittelzuflüsse verhalten.

Seit Jahresbeginn ist die Inflation in allen Ländern der Region kontinuierlich zurückgegangen. Dabei wirkte der Rückgang der Energiepreise dämpfend auf die Preisentwicklung. Im Mai erhöhte sich die Inflation aber in allen Ländern mit Ausnahme Polens und Sloweniens. Ausschlaggebend waren die gestiegenen Preise für Nahrungsmittel und Dienstleistungen. Besonders hoch war die Inflation in Rumänien mit 5,4 % sowie in Ungarn und Kroatien mit 4,5 % bzw. 4,3 %. Mit 2,3 % war die Inflationsrate

in Tschechien hingegen nahe an dem Zentralbankziel. Zugleich heizen die Erhöhungen von Steuern und administrierten Preisen sowie die Aufhebung des Energiepreiskegels in einigen Ländern die Inflation an. Trotz einer nachlassenden Dynamik sorgen steigende Löhne im Dienstleistungssektor für anhaltenden Aufwärtsdruck.

Im Mai hat die tschechische Zentralbank ihren Leitzins auf 3,50 % gesenkt. Auch die polnische Notenbank hat ihre Lockerungspause beendet und den Leitzins um 50 Basispunkte auf 5,25 % verringert. Weitere Zinssenkungen könnten in Tschechien und in Polen bis zum Jahresende folgen. In Ungarn und in Rumänien dürften die Zentralbanken in den nächsten Quartalen aufgrund der anhaltend hohen Inflation ihre Zinspolitik unverändert beibehalten. Ein nachlassender Preisauftrieb im Laufe des nächsten Jahres dürfte weitere Zinssenkungen ermöglichen.

Trotz des unsicheren wirtschaftlichen Umfelds bleiben die Arbeitslosenquoten in den mittel- und osteuropäischen Ländern auf historisch niedrigen Niveaus. Ausnahmen bilden Rumänien und die Slowakei mit Arbeitslosenquoten von 5,7 % bzw. 5,3 % im Mai. Um den Arbeitskräftemangel abzufedern, greifen viele Länder verstärkt auf Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Ländern zurück.

Die Wirtschaftsleistung wird im Prognosezeitraum hauptsächlich durch eine dynamische Entwicklung der Konsumnachfrage, unterstützt durch weiter sinkende Inflation und niedrigere Zinsen, getrieben. Die Lockerung der Finanzierungsbedingungen sowie ein Anstieg der EU-Mittelzuflüsse und eine effektivere Umsetzung laufender EU-Programme werden voraussichtlich die öffentlichen Investitionen ankurbeln. Gleichzeitig wird das Wachstum der Exporte wegen Herausforderungen auf wichtigen Absatzmärkten gedämpft ausfallen, während die Importe aufgrund des steigenden Konsums und der höheren Investitionstätigkeit kräftig zunehmen. Zwar liegt der direkte Warenhandel mit den USA bei jeweils lediglich rund 3 % der Gesamtexporte in Tschechien und Polen und 5 % in Ungarn, doch die Erhöhung der US-Zölle dürfte sich über die europäischen Lieferketten der verarbeitenden Industrie – vor allem bei Automobilteilen – negativ auf die Wirtschaften Mittel- und Osteuropas auswirken.

Die notwendige Budgetkonsolidierung aufgrund hoher Defizite vor allem in Rumänien, Polen, der Slowakei und Ungarn dämpfte zusätzlich das Wachstum. Besonders hoch ist der Konsolidierungsbedarf in Rumänien, wo das Budgetdefizit im Jahr 2024 bei 9,3 % lag. Es soll im Rahmen eines mit der EU-Kommission vereinbarten siebenjährigen Anpassungspfades bis 2031 auf 2,5 % gesenkt werden. Die neue rumänische Regierung dürfte in der Prognoseperiode sowohl tiefgreifende Reformen in der Administration, die die Ausgaben senken sollen, als auch Steuererhöhungen, darunter die Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Grundsteuer, implementieren. Für Polen sind im Rahmen der bis 2027 laufenden EU-Förderperiode die höchsten finanziellen

Mittel in der Region vorgesehen. Der Mittelabruf konnte jedoch erst nach der Beilegung des Konflikts um die Justizreform beginnen. Bisher wurden rund 40 % der vorgesehenen Kohäsionsfonds-Mittel bewilligt, jedoch erst 7 % tatsächlich ausbezahlt.

Die Verteidigungsausgaben dürften im Prognosezeitraum in den Ländern der Region, nicht zuletzt aufgrund der strategischen Rolle als NATO-Ostflanke, weiter steigen. Durch Ausnahmeregelungen und die EU-Initiative „Security Action for Europe“ können verteidigungsbezogene Ausgaben über die Budgetdefizitgrenzen hinausgehen. Alles in allem erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2025 einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den MOEL-5 um 2,4 % und für das kommende Jahr um 2,6 %.

In **Russland** hat sich die konjunkturelle Dynamik in den ersten Monaten dieses Jahres spürbar abgeschwächt. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs im ersten Quartal 2025 um 1,4 % im Vorjahresvergleich. Seit dem Wachstumshoch zum Jahresende haben Industrieproduktion und Bauwirtschaft spürbar an Schwung verloren. Die Produktionskapazitäten nähern sich zunehmend ihrer Auslastungsgrenze. Obwohl der reale Durchschnittslohn in vielen Branchen weiter stieg, haben sich die Umsätze im Einzelhandel in den letzten Monaten kaum verändert. Einer von der russischen Zentralbank durchgeführten Verbraucherumfrage zufolge berichteten 25 % bis 30 % der Befragten von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Situation. Das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion verläuft jedoch sektoral und regional sehr unterschiedlich. Besonders stark wuchs die kriegsrelevante verarbeitende Industrie. Die Produktion bestimmter Metallwaren, von Computern, Elektronik und ausgewählten Transportmitteln hat sich in den vergangenen Jahren vervielfacht. Beschränkungen russischer Importe und die Priorisierung der Rüstungsindustrie bremsen andererseits die Produktion im Maschinen- und Anlagenbau sowie von langlebigen Konsumgütern.

Im Mai lagen die Verbraucherpreise um 9,9 % über dem Vorjahresniveau, wobei insbesondere Nahrungsmittel und Dienstleistungen die Inflation antrieben. Trotz einer leichten Entspannung bleiben die Inflationserwartungen weiterhin auf erhöhtem Niveau. Die Zentralbank nahm auf ihrer Sitzung Anfang Juni nur eine moderate Zinssenkung von 21 % auf 20 % vor.

Zwischen Jänner und März schrumpfte der Wert russischer Waren- und Dienstleistungsexporte gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4 %. Ausschlaggebend war vor allem die schwächere Entwicklung der Ölexporte. Verschärfte Sanktionen der USA und der EU gegen russische Öllieferungen verteuerten die Transporte und zwangen Russland zu noch höheren Preisnachlässen. Zudem brachen die Erdgaslieferungen in die EU ein, nachdem der Pipeline-Transit durch die Ukraine eingestellt wurde. Die

Importe von Waren und Dienstleistungen sanken im ersten Quartal gegenüber dem Vorjahresquartal um 3 %. Ausschlaggebend war ein deutlicher Rückgang der Importe von Maschinen, Ausrüstung und Transportmitteln; letztere litten zusätzlich unter einer kräftigen Anhebung der Recyclinggebühren für Importfahrzeuge zu Jahresbeginn. Zuwächse verzeichneten dagegen die Importsegmente Lebensmittel sowie touristische Dienstleistungen. Der Leistungsbilanzüberschuss lag im Zeitraum Jänner bis März etwas unter dem Vorjahreswert, blieb aber beträchtlich.

Indikatoren vom April und Mai deuten darauf hin, dass sich die Zunahme des privaten Konsums und der Investitionen weiter abgeschwächt hat. Der Arbeitskräftemangel und die niedrige Produktivität bremsen das Produktionswachstum. Zugleich bewegt sich die Kapazitätsauslastung auf einem historischen Rekordniveau. Die Löhne steigen weiterhin deutlich und übertreffen das Produktivitätswachstum. Gleichwohl deuten Unternehmensumfragen darauf hin, dass für 2025 eine moderatere Lohnanpassung vorgesehen ist als in den Jahren 2023 und 2024. Die staatlichen Investitionen fließen überwiegend in militärische Ausrüstung, was das zukünftige Wachstumspotenzial der Gesamtwirtschaft kaum unterstützt. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2025 und 2026 um 1,0 % bzw. 0,8 % zulegen.

Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen
 Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2022	2023	2024	2025	2026
BIP, real					
Deutschland	1,4	−0,3	−0,2	0,3	1,5
Italien	4,8	0,7	0,7	0,7	1,0
Frankreich	2,7	1,4	1,2	0,7	1,2
Vereinigtes Königreich	4,8	0,4	1,1	1,1	1,4
Schweiz	3,0	0,7	1,3	1,5	1,4
USA	2,5	2,9	2,8	1,7	1,7
Japan	0,9	1,4	0,2	0,8	0,6
China	3,1	5,4	5,0	4,5	4,0
Polen	5,3	0,2	2,9	3,3	2,8
Slowakei	0,4	2,2	2,1	1,5	2,0
Tschechien	2,8	−0,1	1,1	2,0	2,2
Ungarn	4,3	−0,8	0,5	0,8	2,8
Slowenien	2,7	2,1	1,6	1,0	2,0
MOEL-5 ⁱ	4,1	0,3	2,1	2,4	2,6
Bulgarien	4,0	1,9	2,8	2,8	2,3
Rumänien	4,0	2,4	0,8	1,3	2,3
Kroatien	7,3	3,3	3,9	2,8	2,8
Russland	−1,4	4,1	4,3	1,0	0,8
Euroraum	3,5	0,5	0,9	1,0	1,5
NMS-5 ⁱⁱ	4,4	0,5	1,9	2,4	2,6
EU-27	3,5	0,5	1,0	1,2	1,6
OECD	3,2	1,8	1,8	1,5	1,7
Welt	3,5	3,4	3,3	3,0	2,9
Welthandel (Waren laut CPB)	3,1	−0,8	2,5	2,2	0,8
Österreichische Exportmärkte	7,3	0,0	1,2	2,0	1,8
USD/EUR-Wechselkurs ⁱⁱⁱ	1,05	1,08	1,08	1,12	1,15
Rohölpreis ⁱⁱⁱ	100,8	82,6	80,5	69,6	65,2

ⁱ MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

ⁱⁱ NMS-5: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien

ⁱⁱⁱ absolute Werte

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, LSEG Datastream, ab 2025 Prognose des IHS

3 Perspektiven der österreichischen Wirtschaft

3.1 Außenwirtschaft

Nach dem Einbruch der Warenexporte in den vergangenen zwei Jahren lässt der Aufschwung weiterhin auf sich warten. Einige Vorlaufindikatoren des Außenhandels haben in den letzten Monaten von einem sehr niedrigen Niveau ausgehend nach oben gedreht, allerdings bleibt die Erholung äußerst zaghaf und enormem Gegenwind ausgesetzt. Die Ursachen dafür, dass die Erholung nur zaghaf ausfällt, sind sowohl konjunkturell als auch strukturell. Die Auslandsnachfrage bleibt weiterhin schwach, insbesondere beim wichtigsten Handelspartner, Deutschland, vollzieht sich der Konjunkturaufschwung nur langsam. Zudem hat Österreichs Exportwirtschaft infolge der starken Lohn- und Energiepreisanstiege an preislicher Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Folglich verliert Österreich international Marktanteile. Des Weiteren stellt die Handelspolitik der USA die Exportunternehmen vor hohe Unsicherheit über die zukünftigen Rahmenbedingungen des Handels mit Geschäftspartnern in den Vereinigten Staaten. Die Außenwirtschaftsprognose berücksichtigt nur den Status quo der US-Zollbestimmungen mit 10 % allgemeinen Zöllen sowie Zollsätzen von 25 % auf Autos bzw. 50 % auf US-Importe von Stahl und Aluminium.

Im ersten Quartal 2025 stiegen die realen Warenexporte um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal, nachdem es im vierten Quartal 2024 einen Rückgang gegeben hatte. Es wurden Waren im Wert von 14,0 Milliarden Euro nach Deutschland exportiert, was einem Rückgang von 0,8 % gegenüber dem Vorjahresquartal entspricht. Im Vergleich dazu wurden im Gesamtjahr 2024 Rückgänge um 2,9 % verzeichnet. Maschinen und Fahrzeuge, der mit rund 38 % der gesamten Warenexporte nach Deutschland größte Sektor, verzeichnete im ersten Quartal mit 0,1 % einen marginalen Zuwachs, wohingegen wichtige Produktgruppen wie Chemische Erzeugnisse (–18,3 %) und Konsumnahe Güter (–3,4 %) nach wie vor Rückgänge verzeichneten. Die Warenexporte in die Vereinigten Staaten machen 8,5 % der gesamten Warenexporte aus. Der starke Anstieg der Warenexporte in die USA im vergangenen Jahr wurde nahezu ausschließlich durch medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse verursacht, die um rund 80 % ausgeweitet wurden. Zu Jahresbeginn zeigen sich kaum Hinweise auf Vorzieheffekte hinsichtlich der US-Importzölle. Laut Außenhandelsstatistik ging der Wert der Warenexporte in die USA im ersten Quartal um 12,7 % gegenüber dem Vorjahresquartal zurück. Die Beurteilung der Auslandsauftragsbestände in der Sachgütererzeugung hatte im vergangenen Winter den Tiefststand erreicht. Seitdem haben sich die Einschätzungen etwas verbessert und im Mai beurteilten erstmal seit August 2023 wieder mehr als 50 % der befragten Unternehmen die Auftragslage mit mehr als

ausreichend oder ausreichend. Der FIW Trade Indicator, der ein Signal über die Entwicklung des Warenaußenhandels am aktuellen Rand gibt, zeichnet ein etwas optimistischeres Bild für das Frühjahr als die VGR-Quartalsrechnung, ein starker Aufwärtstrend scheint sich aber noch nicht zu etablieren. Die Entwicklung des Außenhandels bleibt von der erratischen US-Handelspolitik und der damit verbundenen Unsicherheit überschattet. Für das aktuelle Jahr wird ein Rückgang der realen Warenexporte um 0,8 % erwartet. Auch im Jahr 2026 dürfte die Expansion der Warenexporte mit 1,5 % noch unter dem langjährigen Trend bleiben.

Im ersten Quartal 2025 wurden laut Außenhandelsstatistik Waren im Wert von 49,2 Mrd. Euro importiert und Waren im Wert von 48,6 Mrd. Euro exportiert. Es wurde ein Handelsbilanzdefizit von 602 Millionen Euro erzielt, nachdem im Vorquartal ein Defizit von 1,2 Mrd. Euro erzielt wurde. Damit erwies sich der zuvor über drei Quartale infolge des Importeinbruchs sich ergebende Handelsbilanzüberschuss als kurzlebig. Die Industriekonjunktur und die Inlandsnachfrage ziehen an, was zu steigenden Importen führt. Allerdings ist auch der Exportanteil der Importe hoch, was infolge der schwachen Exportentwicklung dämpfend wirkt. Für das aktuelle Jahr wird ein Rückgang der realen Warenimporte um 0,1 % prognostiziert. Für das Jahr 2026 wird ein Anstieg um 1,5 % erwartet.

Die ausländischen Nächtigungen blieben in den für den Wintertourismus wichtigen Monaten Jänner bis März in Summe um 4,9 % unter dem Niveau vom Vorjahr. Nachdem die Osterwoche im vergangenen Jahr in den März fiel und dieses Jahr in den April, wurde im April etwas aufgeholt bei den Nächtigungen ausländischer Gäste, blieb aber in Summe um 1,1 % unter dem Vorjahresniveau. Der Wien-Tourismus verzeichnete im selben Zeitraum hingegen einen neuen Nächtigungsrekord ausländischer Gäste. Das Institut rechnet für das Jahr 2025 mit einem Anstieg der realen Reiseverkehrsexporte um 0,9 %. Für das Jahr 2026 wird ein Wachstum von 2,0 % erwartet. Insgesamt wird für das laufende Jahr ein Rückgang der realen Exporte i. w. S. um 0,5 % prognostiziert. Für das Folgejahr wird eine Erholung und damit ein moderater Anstieg um 1,8 % erwartet. Für die realen Importe i. w. S. werden Anstiege von 0,1 % bzw. 1,6 % in den Jahren 2025 und 2026 erwartet.

3.2 Privater Konsum

Vorliegende Werte für Indikatoren aus dem laufenden Jahr und rückwirkende Revisionen über das vergangene Jahr bestätigen die Einschätzung der Frühlings-Prognose des IHS. Die österreichischen Haushalte beenden vorsichtig die zuletzt geübte Konsumzurückhaltung und lockern den eng geschnallten Gürtel. Während im Vorjahr trotz beeindruckender realer Einkommenszuwächse die Konsumausgaben nur um

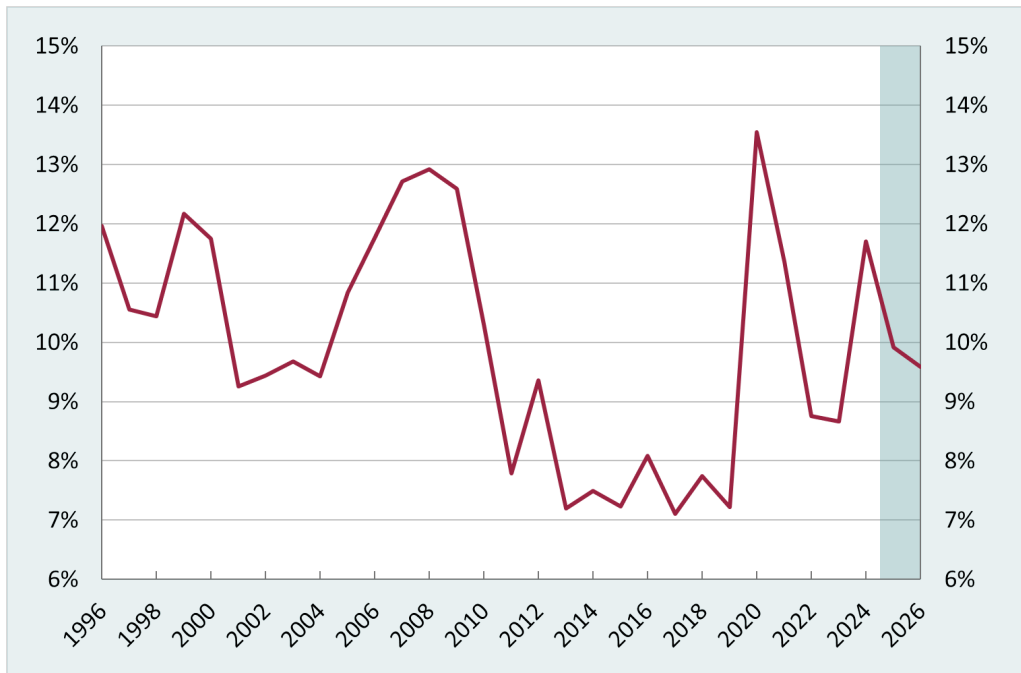
0,4 % zulegten, kehrt sich im laufenden Jahr das Muster um. Die verfügbaren Einkommen schrumpfen real, und die Haushalte müssen bereits entsparen, um ihr gewohntes Ausgabenniveau aufrecht zu erhalten.

Während also zuletzt gute Lohnzuwächse bei sich abschwächendem Preisauftrieb die Kaufkraft real erhöhten, verengt sich im Prognosezeitraum der Ausgabenspielraum. Zusätzlich treffen die Bemühungen der Regierung um eine Konsolidierung der Staatsfinanzen die Haushaltseinkommen. Andererseits sind derzeit die Haushalte jedoch nicht bereit, auf die Befriedigung ihrer Konsumgewohnheiten zu verzichten. Die Nachfrage sowohl nach Waren als auch nach Diensten belebt sich zusehends. Eine Sonderstellung nimmt dabei der Handel mit Kraftfahrzeugen ein. Die Neuzulassungen steigen fortlaufend stark, wobei mittlerweile rund 60 % aller neuen Personenfahrzeuge hybrid oder rein elektrisch angetrieben werden.

Die Konsumzurückhaltung ließ im Vorjahr die Sparquote auf ein Rekordniveau ansteigen. Dieses hohe Niveau dürfte aber nicht die längerfristige Sparneigung repräsentieren. Für den jüngsten Konsumverzicht wurden mehrere Gründe angeführt, wie etwa verzögerte Wahrnehmung oder Vorsichtssparen. Ökonometrische Schätzungen finden tatsächlich einen Zusammenhang zwischen steigender Arbeitslosigkeit und höherer Sparneigung. Es ist nicht das höhere Niveau der Arbeitslosenquote, das zur Vorsicht mahnt, sondern deren Steigen. Heuer geht von der zunehmenden Arbeitslosigkeit also noch ein konsumdämpfender Einfluss aus, im kommenden Jahr aber nicht mehr. Andererseits sind Lohneinkommen konsumwirksamer als andere Einkünfte, und der Teilbereich der realen Lohneinkommen wächst auch heuer durchaus zufriedenstellend.

Gegenüber der Frühlings-Prognose waren keine Änderungen der Einschätzung der laufenden Entwicklung bei Einkommen und Konsum notwendig. Im Jahr 2025 schrumpfen die verfügbaren Realeinkommen um 1,3 %, der **reale Konsum der Haushalte** legt jedoch um 0,7 % zu. Die Haushalte haben keine Schwierigkeit, die Diskrepanz durch Rückgriffe auf die in den letzten Jahren massiv angehäuften Ersparnisse zu finanzieren. Im kommenden Jahr werden die real verfügbaren Einkommen um 0,6 % expandieren, die Prognose weist ein weiterhin etwas höheres Konsumwachstum von 0,9 % aus. Die Haushalte genießen also im gesamten Prognosezeitraum vermehrt die Früchte ihrer Ersparnisse.

Abbildung 9: Sparquote der privaten Haushalte



Quelle: Statistik Austria, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 9 zeigt die Entwicklung der **Haushaltssparquote** über die letzten Jahrzehnte. Diese Kenngröße scheint zyklisch zwischen Tiefständen von rund 7 % und Spitzenwerten um 13 % zu fluktuieren. In den Jahren 2013 bis 2019 verharrte sie an ihrer Talsohle von wenig über 7 %. In der Folge ist eine fortgesetzte Aufwärtsbewegung erkennbar, die durch zwei Spitzen 2020 und 2024 unterbrochen wurde. Im Jahr 2020 wurden die Haushalte durch die Coronamaßnahmen zur Konsumzurückhaltung gezwungen, im Jahr 2024 verzichteten sie hingegen freiwillig auf ein Ausschöpfen ihres Einkommensspielraums. Im Prognosezeitraum wird die Haushaltssparquote wieder etwas fallen, im langfristigen Vergleich wirkt sie jedoch weiter erhöht.

Das im Vergleich kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** expandiert in den beiden Prognosejahren jeweils um 1,0 %. Die Prognose fällt damit etwas vorsichtiger aus als zuletzt. Der Einschluss dieser Non-Profit-Dienste in den privaten Konsum kann zu geringfügigen Änderungen der ausgewiesenen Wachstumsraten führen. Für den privaten Konsum insgesamt ergeben sich in den beiden Prognosejahren Zuwächse von 0,7 % und 0,9 %.

3.3 Investitionen

Gemäß den aktuellen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wurden die **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** im Jahr 2024 um

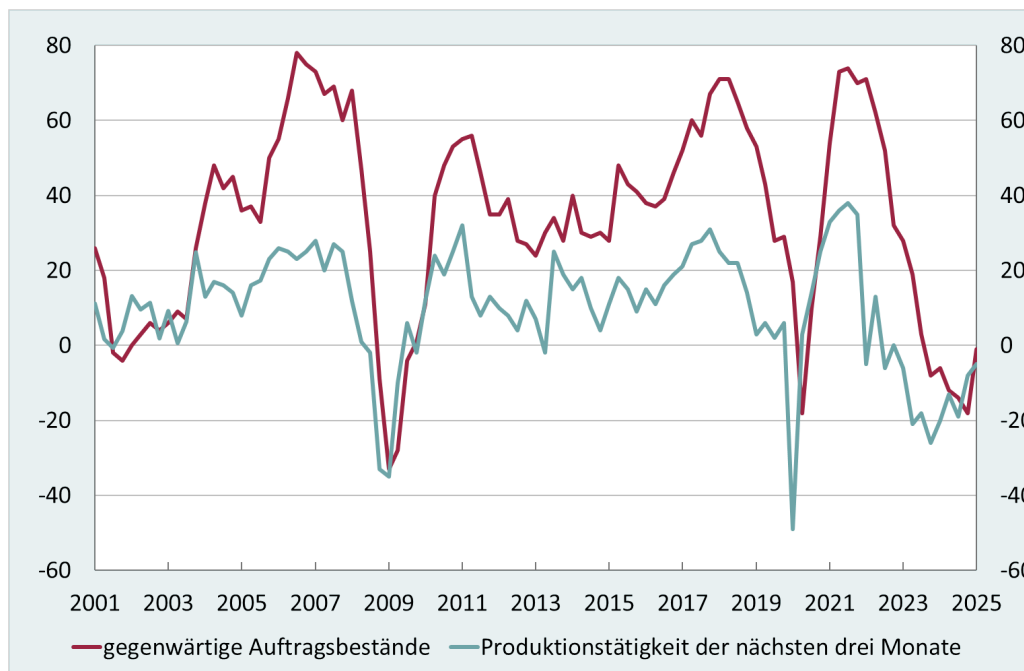
0,5 % ausgeweitet. Im ersten Quartal 2025 waren sie aber um 0,8 % niedriger als vor einem Jahr. Bereinigt um Saison- und Arbeitstageeffekte waren sie um 0,2 % höher als Ende 2024. Dabei waren die Investitionen in Fahrzeuge und die Anschaffungen von Gütern der Informations- und Kommunikationstechnologie jeweils um mehr als 4 % niedriger als im Vorquartal. Hingegen wurden die Investitionen in sonstige Maschinen und Geräte (einschließlich Waffensysteme), die rund ein Drittel der gesamten Ausrüstungsinvestitionen ausmachen, um knapp 4 % ausgeweitet.

Im Prognosezeitraum verbessern sich die Rahmenbedingungen für die Ausrüstungsinvestitionen allmählich. Die Erwartungen der heimischen Industrieunternehmen hinsichtlich der künftigen Produktionstätigkeit haben sich zu Beginn des zweiten Quartals leicht aufgehellt. Gleichwohl befinden sie sich noch immer im negativen Bereich, was auf einen Produktionsrückgang hindeutet. Sprunghaft gebessert hat sich die Beurteilung der Auftragsbestände (Abbildung 10). Auch die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe wurde im ersten Quartal spürbar ausgeweitet. Damit ist auch die Kapazitätsauslastung leicht gestiegen (Abbildung 11). Das nach wie vor sehr geringe Niveau der Kapazitätsauslastung lässt trotz der geringen Verbesserung in den kommenden Monaten kaum Erweiterungsinvestitionen erwarten. Auch dürfte der Produktionsanstieg teilweise auf Vorzieheffekte bei der Herstellung und dem Export von Waren im Vorfeld der angekündigten US-Importzölle zurückzuführen sein. Darüber hinaus belasten die hohe handelspolitische Unsicherheit und der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie in den vergangenen Jahren die Industrieproduktion und die Investitionstätigkeit.

Einen leichten Anstieg der Investitionen im Prognosezeitraum lässt das Finanzierungsumfeld erwarten. Gemäß der vom Eurosystem durchgeführten Umfrage zum Kreditgeschäft erwarten die Geschäftsbanken in Österreich erstmals seit Mitte 2022 einen leichten Anstieg der Nachfrage nach Unternehmenskrediten. Die Zinsen für Unternehmenskredite sind im Einklang mit der Zinswende der EZB rückläufig. Seit ihrem Höhepunkt vom Herbst 2023 sind sie um rund 1 ¼ Prozentpunkte gesunken. Die Kreditangebotspolitik der Banken neben den Zinsen ist allerdings seit Anfang 2022 durchgehend restriktiver geworden. Im vierten Quartal 2024 und im ersten Quartal 2025 kam es zu weiteren Verschärfungen diverser Kreditbedingungen. Alles in allem dürften die realen Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2025 um 0,5 % zurückgehen und im Jahr 2026 um 1,0 % steigen.

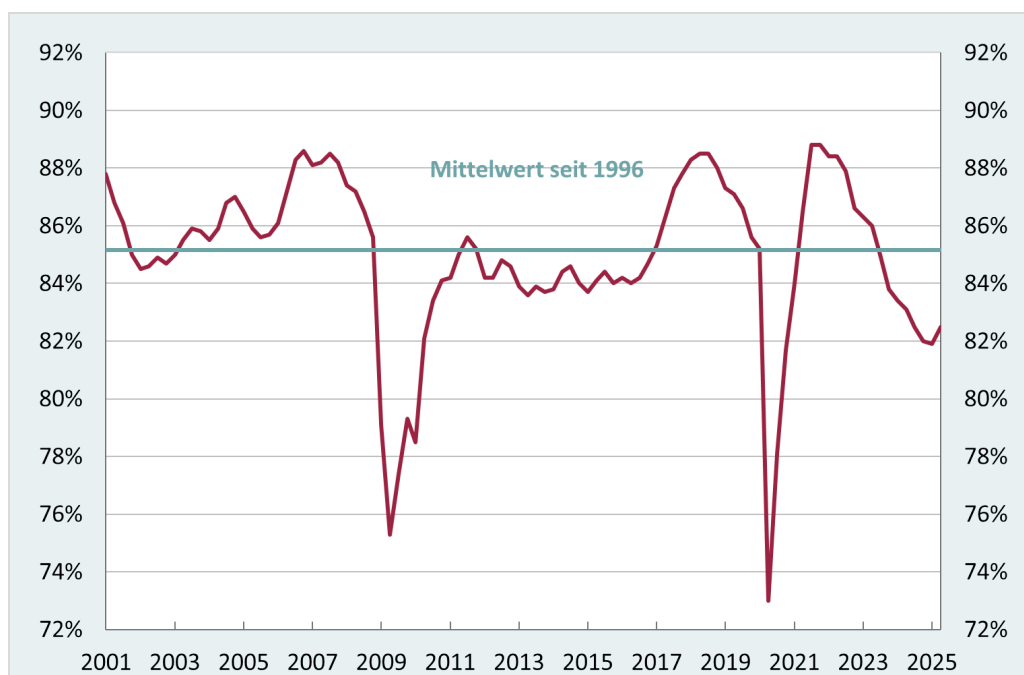
Abbildung 10: Beurteilung der Auftragsbestände und der Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

Abbildung 11: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie saisonbereinigt



Quelle: Europäische Kommission

Der Anstieg des Deflators der Ausrüstungsinvestitionen hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres und im ersten Quartal des heurigen Jahres abgeschwächt, aber mit 3,0 % im Jahresabstand stieg der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen zuletzt noch immer kräftig. Saisonbereinigt stieg der Deflator in den vergangenen drei Quartalen jeweils um 0,7 % gegenüber dem Vorquartal. Mit den gesunkenen Rohstoffpreisen und dem stärkeren Außenwert des Euro dürfte sich der Anstieg des Deflators der Ausrüstungsinvestitionen im Prognosezeitraum abschwächen. Im Jahresdurchschnitt 2025 dürfte der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen um 2,4 % und im kommenden Jahr um 1,6 % zunehmen.

Die **realen Bauinvestitionen** sind im ersten Quartal 2025 weiter deutlich gesunken. In saisonbereinigter Rechnung waren die Wohnbauinvestitionen um 0,7 % und die sonstigen Bauinvestitionen um 0,8 % niedriger als Ende 2024. Im Prognosezeitraum werden die Bauinvestitionen schwach bleiben. Die Talsohle scheint aber durchschritten zu sein. So sind die Baubewilligungen im Wohnbau im vergangenen Jahr um 10,5 % gestiegen. Mit knapp 51.500 wurden allerdings um knapp 35.000 bzw. 40,4 % weniger Baugenehmigungen für Wohnungen erteilt als auf dem jüngsten Höchststand im Jahr 2017. Die Trendumkehr ist bisher nur bei der Gesamtzahl der Wohnbaubewilligungen zu sehen, während die Zahl der Baubewilligungen für Wohnungen in neuen Gebäuden mit 32.100 einen neuen Tiefststand seit dem Jahr 2010 verzeichnete. Anzeichen für einen geringfügigen Anstieg der Wohnbauinvestitionen liefert die Nachfrage nach Wohnbaukrediten, die seit etwa einem Jahr zunimmt. Nachdem der Anstieg der Kreditnachfrage im vergangenen Jahr noch verhalten war, beschleunigte er sich im ersten Quartal und im April 2025 deutlich. Auch die im Einklang mit der Zinswende der EZB sinkenden Zinsen für Wohnbaukredite dürften zur Erholung der Wohnbauinvestitionen beitragen. Die Kreditangebotsbedingungen wurden gemäß der Umfrage zum Kreditgeschäft im ersten Quartal 2025 weitgehend unverändert gelassen, und dies planten die befragten Banken auf für das zweite Quartal. Leichte Impulse auf die Wohnbautätigkeit dürften im Prognosezeitraum von dem von der vorherigen Regierung beschlossenen Wohnbaupaket ausgehen.

Die Bauinvestitionen der Unternehmen dürften im Prognosezeitraum im Zuge der langsamen Erholung der Ausrüstungsinvestitionen allmählich Tritt fassen. Der Tiefbau profitiert vom Ausbau der Stromnetze und der digitalen Infrastruktur sowie vom Erhalt und dem Ausbau des Schienen- und des Straßennetzes. Die Bauinvestitionen der Gebietskörperschaften kommen allerdings durch die notwendige Budgetkonsolidierung unter Druck. Alles in allem dürften die realen Bauinvestitionen im Durchschnitt des heurigen Jahres um 0,5 % sinken und im Jahr 2026 um 0,5 % steigen.

Der Anstieg der Baupreise hat sich zu Beginn des Jahres 2025 stark abgeschwächt. Im Tiefbau waren die Preise im ersten Quartal um 0,7 %, im Hochbau nur noch um

0,1 % höher als vor einem Jahr. Daraus resultierte für die Baupreise insgesamt eine Zunahme um 0,3 %. Der Deflator der Bauinvestitionen war um 1,1 % höher als vor einem Jahr und um 0,1 % höher als im Vorquartal. Auch der Anstieg der Baukosten hat im bisherigen Jahresverlauf deutlich nachgelassen. So waren im Mai die Kosten für den Wohnhaus- und Siedlungsbau um 1,6 % höher als im Mai des Vorjahres. Im Brückenbau stiegen die Kosten um 0,6 % und im Siedlungswasserbau um 0,7 %. Im Straßenbau sanken die Kosten im selben Zeitraum um 0,9 %. Aufgrund der niedrigeren Preise für Baumaterialien dürften auch im Prognosezeitraum die Baupreise maßvoll steigen. Recht deutlich nehmen die Lohnkosten zu. Zum 1. Mai 2025 traten in einigen baurelevanten Branchen wie dem Bau-, dem Zimmermeister- und dem Malergewerbe neue Kollektivvertragsabschlüsse in Kraft. Im Vergleich zum Vorjahr sind laut Statistik Austria die Lohnkosten für die Gesamtbaukosten um 3,2 % sowie im Bereich der Baumeisterarbeiten um 2,8 % gestiegen. Insgesamt dürfte der Deflator der Bauinvestitionen im Jahr 2025 um 1,5 % und im kommenden Jahr um 2,0 % steigen. Der höhere Anstieg im Jahr 2026 ergibt sich daraus, dass dann der Einfluss des Rückgangs der Energiepreise auslaufen dürfte.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** ein Rückgang um 0,5 % im laufenden Jahr und eine Ausweitung um 0,8 % im kommenden Jahr. Die Investitionsquote, gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen BIP, dürfte im vergangenen Jahr von 24,9 % auf 24,5 % zurückgegangen sein. Im Prognosezeitraum wird sie noch leicht um 0,2 Prozentpunkte sinken. Die gesamten realen **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) dürften im heurigen Jahr annähernd stagnieren und im kommenden Jahr um 1,7 % expandieren.

3.4 Öffentliche Haushalte

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** verbessert sich im Jahr 2025 lediglich geringfügig gegenüber dem Vorjahr. Das IHS rechnet für das laufende Jahr mit einem Defizit von 4,4 % des BIP. Im Folgejahr wird ein weiterer leichter Rückgang auf 4,1 % des BIP erwartet. Der Budgetsaldo ist im Jahr 2024 mit –4,6 % des BIP deutlich negativer ausgefallen als erwartet. Insbesondere die Ausgabensteigerungen von Ländern, Gemeinden und staatsnahen Betrieben fielen deutlich höher aus als erwartet. Das Sparpaket der Bundesregierung prägt das Doppelbudget 2025/26 maßgeblich. Das angestrebte Konsolidierungsvolumen beträgt im Jahr 2025 6,3 Mrd. Euro und im Folgejahr 8,7 Mrd. Euro. Die Konsolidierung ist zu circa einem Drittel einnahmenseitig (Erhöhung von Steuern und Sozialabgaben) und zu zwei Dritteln ausgabenseitig (Abschaffung des Klimabonus und der Bildungskarenz sowie Kürzung von Förderungen)

geplant. Zusätzliche Haushaltsmittel sollen insbesondere für die aktive Arbeitsmarktpolitik und den Bildungsbereich bereitgestellt werden.

Die Dynamik der Staatseinnahmen bleibt im Prognosezeitraum rückläufig. Die hohen Zuwachsraten der Vorjahre können nicht mehr erreicht werden. Während die privaten Konsumausgaben allmählich wieder zunehmen, wirkt der rückläufige Preisauftrieb dämpfend auf die Steuerbasen. Sondereffekte und die Budgetkonsolidierung ermöglichen jedoch im Jahr 2025 ein höheres Einnahmenwachstum aus Konsum- und Verbrauchsteuern. Die Energieabgaben des Bundes, die Ökostrompauschale und der Ökostromförderbeitrag wurden wieder eingeführt. Hinzu kommt die Erhöhung der nationalen CO₂-Abgabe. Ebenso wurden der Energiekrisenbeitrag verlängert und die Stabilitätsabgabe der Banken angehoben. Weitere Mehreinnahmen sollen durch die Anhebung der motorbezogenen Versicherungssteuer für E-Autos, eine Erhöhung der Tabaksteuer und das vorzeitige Auslaufen der Umsatzsteuerbefreiungen für Photovoltaikanlagen erzielt werden. Die Gewinnsteuern werden voraussichtlich stagnieren, da die konjunkturelle Erholung nur langsam voranschreitet und die Zinsgewinne privater Haushalte durch die Zinswende der EZB rückläufig sind. Eine nachlassende Dynamik der Arbeitnehmerentgelte führt zu einem geringeren Wachstum der Einnahmen aus der Lohnsteuer und den Sozialbeiträgen. Die Anhebung des KV-Beitragssatzes für Pensionist:innen auf 6,0 % wirkt sich hingegen positiv auf die Einnahmen der Österreichischen Gesundheitskasse aus.

Die Ausgaben des Staates stiegen im vergangenen Jahr kräftig. Besonders hoch waren die Mehrausgaben für die Bezüge der öffentlich Bediensteten und die monetären Sozialleistungen, die deutlich stärker stiegen als die jahresdurchschnittliche Inflation. Strukturelle Mehrausgaben im Rahmen des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern erhöhten ebenfalls die Ausgabenquote. Im laufenden Jahr wird das Sparpaket das Ausgabenwachstum bremsen. Zu den wichtigsten Maßnahmen zählen unter anderem der Wegfall des Klimabonus, die Abschaffung der Bildungskarenz und eine (pauschale) Reduktion des Sachaufwandes der Bundesministerien. Ihre volle budgetäre Wirkung werden die Sparmaßnahmen teilweise erst im kommenden Jahr entfalten. Mehrausgaben sind im Doppelbudget der Regierung in den Bereichen Bildung und aktive Arbeitsmarktpolitik vorgesehen. Darüber hinaus nehmen die Belastungen durch den öffentlichen Schuldendienst aufgrund höherer Refinanzierungskosten und die zunehmende Staatsschuld weiter zu. Insgesamt wird die Ausgabenquote der öffentlichen Haushalte im Jahr 2025 noch einmal zunehmen, bevor sie im darauffolgenden Jahr voraussichtlich stagniert.

Das Institut erwartet einen Anstieg der Schuldenquote auf 84,0 % des BIP im laufenden Jahr und einen weiteren Anstieg auf 86,0 % im darauffolgenden Jahr. Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte steht im Widerspruch mit den europäischen

Fiskalregeln. Die Europäische Kommission hat bereits erste Schritte unternommen, um ein Defizitverfahren einzuleiten mit dem Ziel, die öffentlichen Finanzen auf einen nachhaltigen Pfad zurückzuführen. Entscheidend für den Erfolg der Konsolidierungsbestrebungen ist eine konsequente Umsetzung der angekündigten und beschlossenen Maßnahmen. Aus Sicht des IHS benötigt es weitere Bemühungen, wenn die Finanzpolitik mittelfristig größeren Handlungsspielraum erreichen möchte. Auch die Länder und Gemeinden müssten dafür wohl einen stärkeren Beitrag leisten.

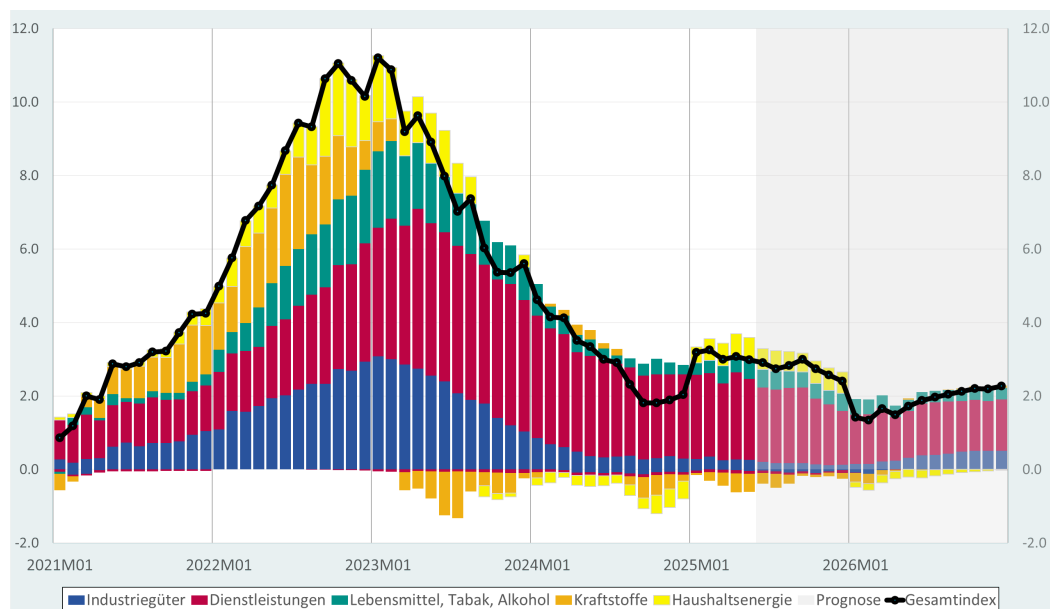
3.5 Löhne und Inflation

Die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** haben sich im Jahr 2024 mit einem Zuwachs von 8,3 % im historischen Vergleich stark erhöht. Sie folgen damit nahezu der Entwicklung der Tariflöhne, welche mit 8,5 % nur unwesentlich stärker stiegen. Die rollierende Inflationsrate, die neben der Produktivitätsentwicklung als wichtiger Referenzwert in Lohnverhandlungen dient, ist mittlerweile auf gut 2 ½ % zurückgegangen. Der Anstieg des Tariflohnindex fiel mit 4,6 % im ersten Quartal 2025 nur noch etwa halb so hoch aus wie im Vorjahr. Die aktuell vorliegenden Kollektivvertragsabschlüsse liegen mit rund 3 % bereits unter den zuletzt veröffentlichten Werten des Tariflohnindex, sodass zukünftig von einem niedrigeren Nominallohnzuwachs ausgegangen werden muss. Anzeichen für eine relevante Lohndrift gibt es derzeit nicht. Für das Jahr 2025 wird daher ein Lohnplus von 3,5 % prognostiziert, was gegeben die Inflationsentwicklung einen Reallohnzuwachs von rund ½ % impliziert. Im Jahr 2026 sollten Löhne sowie Preise um jeweils einen Prozentpunkt langsamer steigen. Die Reallöhne dürften damit ähnlich stark steigen wie im Jahr 2025.

Mit dem Auslaufen der Stromkostenbremse und anderer temporärer Maßnahmen bei den Energieabgaben ist die **Inflation** (gemessen am Verbraucherpreisindex) zu Jahresbeginn 2025 erwartungsgemäß wieder auf über 3 % gestiegen (Abbildung 12). Seitdem hält sie sich hartnäckig an dieser Marke. Trotz deutlich gesunkener Notierungen für Rohöl sind die Treibstoffpreise an den hiesigen Tankstellen nicht gesunken, was nur zu einem kleinen Teil mit der Euroaufwertung erklärt werden kann. Die zuletzt beobachtete Rückkehr des Ölpreises auf über 70 US-Dollar pro Fass dürfte daher auch weniger preistreibend wirken, sofern sich die Preisweitergabe nicht übermäßig asymmetrisch darstellt. Angesichts der Spannungen im Nahen Osten können aber Ölpreisschwankungen jederzeit auftreten, die sich aufgrund der kurzen Reaktionszeit rasch auf die Verbraucherpreise für Kraftstoffe und somit auf die Inflationsrate insgesamt auswirken können. Auch die Teuerung der Lebensmittel hat sich zuletzt wieder etwas beschleunigt. Hier ist es insbesondere der Anstieg der Kaffeepreise, der für sich genommen 0,1 Prozentpunkte zur Inflation beiträgt und sich somit einem Rückgang der Inflation entgegenstellt. Die Grundlast der Teuerung wird

aber nach wie vor von den Dienstleistungspreisen (insbesondere in der Gastronomie) getragen. Seit September 2024 tragen diese nahezu unverändert 2,1 Prozentpunkte zur Inflation bei. Aufgrund der rückläufigen Lohnentwicklung dürfte sich aber ab der zweiten Jahreshälfte der Preisdruck aus diesem Bereich etwas abschwächen. Mit Jänner 2026 fallen dann endgültig alle Effekte der fiskalpolitischen Ausgleichsmaßnahmen aus der Inflationsberechnung heraus, sodass die Inflationsrate abrupt um ca. einen Prozentpunkt sinken wird. Preisdämpfende Effekte im Bereich der Energie werden aber im Jahresverlauf auslaufen, was einer noch niedrigeren Inflationsrate entgegensteht. Von den Lohnstückkosten geht insgesamt deutlich weniger Preisdruck aus als in den beiden Vorjahren. Das Institut prognostiziert daher alles in allem eine Inflation von 2,9 % im Jahr 2025 und 1,9 % im Jahr 2026.

Abbildung 12: Inflation und Beiträge der Komponenten zur Inflation in Österreich
Inflationsrate in Prozent; Inflationsbeträge in Prozentpunkten

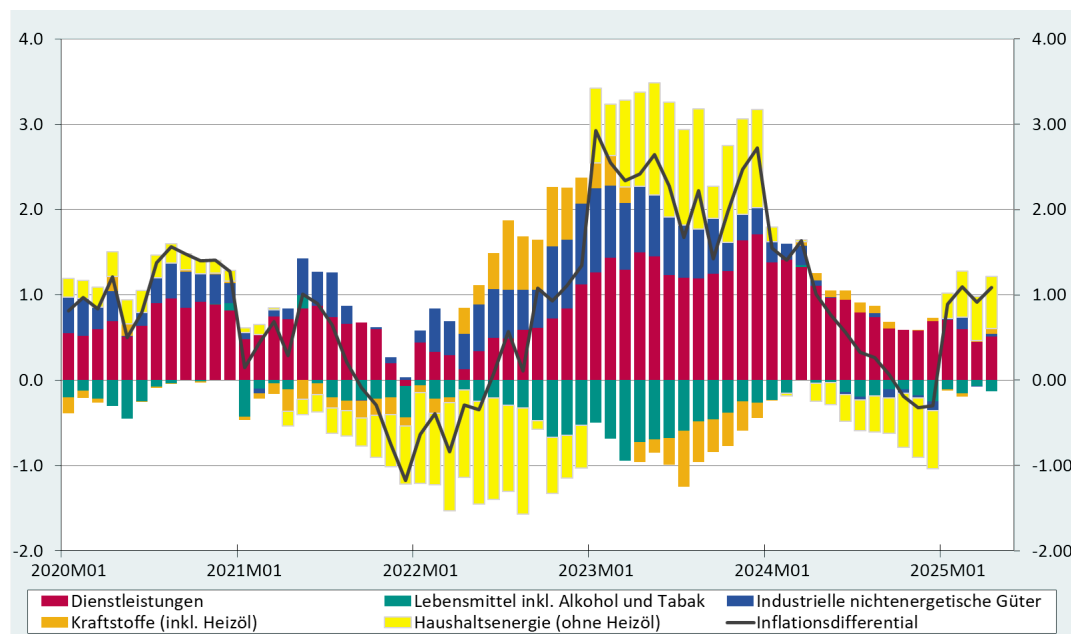


Prognose basiert auf Subaggregaten des VPI; es kann zu Rundungsdifferenzen bei Summenbildung kommen. Heizöl wird dem Bereich Kraftstoffe zugerechnet und nicht dem Bereich Haushaltsenergie.

Quelle: Statistik Austria, ab Juni 2025 Prognose des IHS

Die harmonisierte Inflationsrate in Österreich dürfte im Jahresdurchschnitt 2025 mit 3,0 % um einen Prozentpunkt höher liegen als im Euroraum. Neben dem oben genannten Auslaufen der fiskalischen Maßnahmen tragen auch die Dienstleistungspreise wesentlich zur Spreizung des Differenzials bei (siehe Abbildung 13). Im Jahr 2026 dürfte sich die Lücke schließen.

Abbildung 13: Struktur des Inflationsdifferenzials zum Euroraum



Quelle: Statistik Austria, Eurostat, eigene Berechnungen

3.6 Arbeitsmarkt

Die Konjunkturschwäche prägt die Arbeitsmarktentwicklung seit Jahresmitte 2023. Im historischen Vergleich zeigt sich die Arbeitsmarktlage aber recht stabil. Laut den saisonbereinigten Arbeitsmarktdaten stagniert die Beschäftigung seit Mitte 2023 und die Arbeitslosenquote ist im Zeitraum Mai 2023 bis Mai 2025 von 6,4 % auf 7,5 % angestiegen. Erst im Laufe des kommenden Jahres sollte mit der Festigung der Konjunktur die Beschäftigungsdynamik etwas an Fahrt gewinnen und die Arbeitslosenzahl zurückgehen. Laut der nahezu unveränderten Arbeitsmarktprognose stagniert die Beschäftigung im laufenden Jahr (0,1 %) und dürfte im kommenden Jahr um 0,5 % zulegen. Die Arbeitslosenquote wird heuer auf 7,5 % ansteigen und nächstes Jahr auf 7,3 % zurück gehen.

Im Mai stagnierte die **Aktiv-Beschäftigung** im Vorjahresvergleich. Gestützt von der Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters stieg dabei die Frauenbeschäftigung um 12.000 Personen, die der Männer fiel im selben Ausmaß. In sektoraler Betrachtung ging die Zahl der Arbeitsplätze in der Sachgüterproduktion (–2,2 %) und am Bau (–1,0 %) zurück, während diese im Dienstleistungsbereich weiter expandierte (0,6 %). Dabei wurde der Beschäftigungsaufbau von den Bereichen Gesundheitswesen und öffentlicher Sektor getragen, während im Handel und bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen die Zahl der Arbeitsplätze im Jahresabstand zurückgegangen

ist. In den kommenden Monaten dürfte die Beschäftigung weiter stagnieren. Mit der Festigung der Konjunktur dürfte die Beschäftigungsdynamik im kommenden Jahr wieder etwas an Fahrt gewinnen. Somit erwartet das Institut für die Jahre 2025 und 2026 eine Zunahme der Beschäftigung um 0,1 % bzw. 0,5 %.

Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis Mai 2025

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	2.885	0,1 %
Männer	–8.416	–0,4 %
Frauen	11.301	0,6 %
Aktiv-Beschäftigte ⁱ	5.105	0,1 %
Primärer Sektor	1.223	1,6 %
Sachgüterproduktion	–14.279	–2,2 %
Bau	–2.838	–1,1 %
Dienstleistungssektor	20.929	0,7 %
Arbeitslose	23.998	7,9 %
Männer	10.960	6,1 %
Frauen	13.038	10,5 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	1.675	2,1 %

ⁱ ohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten

Quelle: Dachverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

Im Mai lag die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** um 23.100 Personen bzw. 8,5 % über dem Vorjahresniveau. Dabei stieg die Arbeitslosigkeit bei den Frauen (10,5 %) stärker als bei den Männern (6,9 %). In sektoraler Betrachtung legte die Arbeitslosenzahl breitflächig zu. Die Bereiche Sachgüterproduktion (15,4 %), Information und Kommunikation (14,6 %) sowie der Handel (11,3 %) verzeichneten überdurchschnittliche Anstiege, hingegen erhöhte sich die Arbeitslosenzahl am Bau kaum (1,4 %).

In den kommenden Monaten dürfte die Arbeitslosenzahl noch in unverändertem Tempo expandieren. Mit Jahresbeginn 2026 sollte sich die Arbeitsmarktlage verbessern und die Arbeitslosenzahl im Jahresverlauf sinken. Ausgehend von 298.000 vorgemerkten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2024 steigt deren Zahl laut Prognose

auf 320.000 im laufenden Jahr und wird 2026 auf 314.000 zurückgehen. Dies impliziert für die (nationale) Arbeitslosenquote Werte von 7,5 % bzw. 7,3 %. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition wird voraussichtlich 5,5 % bzw. 5,4 % betragen.

Mit der Konjunkturerholung wird die Arbeitskräftenachfrage wohl anziehen, insbesondere Fachkräfte werden gesucht sein. Die Demografie dämpft hingegen die Arbeitskräfteangebotsentwicklung. Vor diesem Hintergrund sollte die Mis-Match-Arbeitslosigkeit reduziert und bestehende Arbeitsmarktpotenziale gehoben werden. Die aktive Arbeitsmarktpolitik ist daher weiterhin gefordert, die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitslosen, aber auch der aktuell Beschäftigten, durch gezielte Unterstützungsmaßnahmen zu erhöhen. Verstärkte Integrationsmaßnahmen im Bereich der Migration, ein weiterer Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die Anstrengungen zur Hebung des effektiven Pensionsantrittsalters sind daher zu begrüßen.

3.7 Monetäre Entwicklungen

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im laufenden Jahr vier Leitzinssenkungen vorgenommen, die Bank of England und die Schweizerische Nationalbank haben im laufenden Jahr zwei Zinsschritte nach unten vollzogen. Die Fed hingegen beließ ihren Leitzinssatz konstant. Der Einlagesatz im Euroraum liegt damit gegenwärtig bei 2,0 %, das Zielband für Taggeld in den USA beträgt 4,25 % bis 4,5 % und im Vereinigten Königreich liegt der Repo-Satz bei 4,25 %. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, ist seit ihrem Höhepunkt im Oktober 2022 (10,6 %) kräftig zurückgegangen und betrug im Mai 1,9 %. Die Inflationsrate bewegt sich damit deutlich in Richtung der EZB-Zielmarke von 2 %. Für die Jahresdurchschnitte 2025 und 2026 erwartet das Institut im Euroraum Inflationsraten von 2,0 % bzw. 1,8 %.

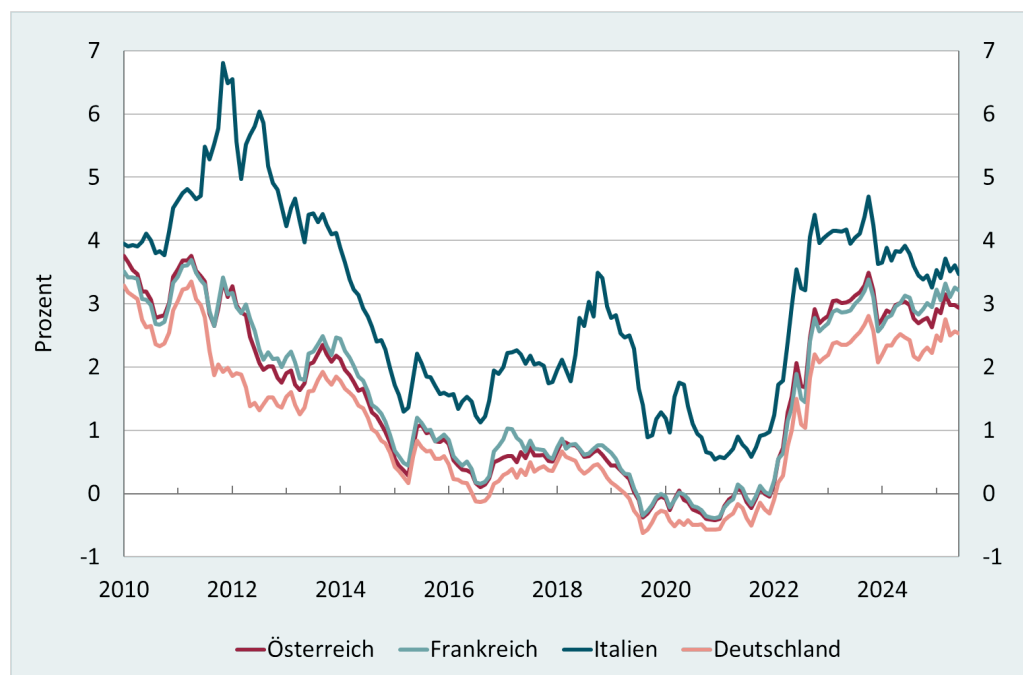
Im Euroraum wurden die Leitzinsen zuletzt im Juni gesenkt. Der Einlagesatz, der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte und der Spitzenrefinanzierungssatz liegen damit gegenwärtig bei 2,00 %, 2,15 % bzw. 2,40 %. Im Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) werden seit Juli 2023 fällige Beträge nicht mehr reinvestiert, im Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) gilt dies seit Jänner 2025. Insgesamt betragen die Bestände in den beiden Ankaufprogrammen rund 4.000 Milliarden Euro und dürften bei gleichbleibender Abbaugeschwindigkeit in spätestens neun Jahren vollständig abgebaut sein.

Tabelle 5: Leitzinsen

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2022	2	4,25 – 4,5	3,5	1	–0,1
Ende 2023	4	5,25 – 5,5	5,25	1,75	–0,1
Ende 2024	3	4,25 – 4,5	4,75	0,5	0,25
20.6.2025	2,0	4,25 – 4,5	4,25	0,0	0,5

Quelle: Nationale Zentralbanken, LSEG Datastream

Die Geldmarktzinsen im Euroraum sind zuletzt im Einklang mit den Zinssenkungen der EZB etwas zurückgegangen und der 3-Monats-Euribor notierte im Durchschnitt des zweiten Quartals bei 2,1 %. Damit ist er gegenüber dem Vorquartal um rund 50 Basispunkte und gegenüber dem Vorjahresquartal um rund 170 Basispunkte gesunken. Der 3-Monats-Euribor sollte in den Jahren 2025 und 2026 durchschnittlich 2,2 % bzw. 2,1 % betragen.

Abbildung 14: Renditen zehnjähriger Staatsanleihen

Quelle: LSEG Datastream

Die Renditen von Staatsanleihen im Euroraum sind zuletzt gestiegen, angetrieben insbesondere durch die jüngst beschlossene Ausweitung der Verteidigungs- und Infrastrukturausgaben in Deutschland und die geplante massive Erhöhung der

Verteidigungsausgaben in der Europäischen Union (Abbildung 14). Im zweiten Quartal des laufenden Jahres notierten österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren zu durchschnittlich 3,0 % bzw. 2,5 %. Das Institut rechnet gegenwärtig damit, dass die Renditen von Staatsanleihen im Euroraum in etwa auf ihren Niveaus verharren. Für die Jahre 2025 und 2026 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von 3,0 % bzw. 3,1 % prognostiziert.

Im Durchschnitt des zweiten Quartals 2025 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1,13 USD/EUR. Für die Jahre 2025 und 2026 erwartet das Institut durchschnittliche Jahreskurse von 1,12 bzw. 1,14 USD/EUR.

4 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	372,565 1,8%	349,025 -6,3%	365,762 4,8%	385,068 5,3%	381,391 -1,0%	377,618 -1,0%	377,896 0,1%	381,684 1,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	395,707 3,3%	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	448,007 10,3%	473,227 5,6%	484,223 2,3%	496,281 2,5%	510,813 2,9%
DEFLATOR DES BIP (2015=100)	106,212 1,5%	108,966 2,6%	111,065 1,9%	116,345 4,8%	124,079 6,6%	128,231 3,3%	131,327 2,4%	133,831 1,9%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2020=100)	98,614 1,5%	100,000 1,4%	102,800 2,8%	111,600 8,6%	120,300 7,8%	123,800 2,9%	127,390 2,9%	129,811 1,9%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	51,792 2,5%	52,713 1,8%	53,936 2,3%	56,554 4,9%	60,377 6,8%	65,388 8,3%	67,676 3,5%	69,368 2,5%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3889,419 1,2%	3897,774 0,2%	3901,671 0,1%	3921,180 0,5%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,019 -1,907	6,300 -1,720	6,406 0,106	6,994 0,588	7,480 0,486	7,313 -0,167

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
PRIVATER KONSUM	188,130 0,7%	173,878 -7,6%	182,143 4,8%	191,088 4,9%	190,186 -0,5%	190,864 0,4%	192,226 0,7%	193,964 0,9%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,854 1,3%	71,267 -0,8%	76,707 7,6%	76,269 -0,6%	77,174 1,2%	78,287 1,4%	78,482 0,2%	78,482 0,0%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	92,844 4,3%	87,900 -5,3%	93,161 6,0%	93,507 0,4%	90,504 -3,2%	88,582 -2,1%	88,139 -0,5%	88,828 0,8%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	1,650 0,4	1,461 0,4	5,884 1,6	10,440 2,7	-0,077 0,0	-2,716 -0,7	-2,216 -0,6	-1,466 -0,4
INLANDSNACHFRAGE	356,499 0,8%	336,297 -5,7%	359,669 6,9%	372,679 3,6%	359,464 -3,5%	356,354 -0,9%	358,050 0,5%	361,253 0,9%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	16,104 4,3	12,587 3,6	5,400 1,5	11,952 3,1	21,115 5,5	20,127 5,3	18,746 5,0	19,331 5,1
BIP ZU MARKTPREISEN	372,565 1,8%	349,025 -6,3%	365,762 4,8%	385,068 5,3%	381,391 -1,0%	377,618 -1,0%	377,896 0,1%	381,684 1,0%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
PRIVATER KONSUM	0,352	-3,867	2,357	2,438	-0,240	0,185	0,375	0,481
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,249	-0,161	1,627	-0,125	0,244	0,299	0,055	0,000
BRUTTOINVESTITIONEN	-0,152	-1,386	2,780	1,369	-3,801	-1,282	0,027	0,382
ANLAGEINVESTITIONEN	1,035	-1,336	1,504	0,096	-0,818	-0,529	-0,123	0,190
LAGERVERÄNDERUNGEN	-1,187	-0,051	1,267	1,245	-2,731	-0,692	0,132	0,198
EXPORTE I.W.S.	2,248	-5,863	4,896	5,593	-0,261	-2,058	-0,294	0,990
WAREN	1,369	-2,920	4,543	2,468	-0,159	-2,260	-0,293	0,575
Dienstleistungen	0,879	-2,943	0,353	3,125	-0,102	0,202	-0,001	0,416
IMPORTE I.W.S.	-1,239	5,008	-6,816	-3,900	2,869	1,915	-0,061	-0,876
WAREN	-0,227	2,472	-5,256	-1,232	3,443	2,197	0,037	-0,553
Dienstleistungen	-1,012	2,536	-1,560	-2,667	-0,574	-0,283	-0,099	-0,323
BRUTTOINLANDSPRODUKT	1,755	-6,318	4,795	5,278	-0,955	-0,989	0,074	1,002

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
HAUSHALTSSPARQUOTE	7,2	13,6	11,4	8,8	8,7	11,7	9,9	9,6
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,5	6,3	-2,2	-2,6	-0,1	3,0	-1,8	-0,3
INVESTITIONSQUOTE	25,1	25,1	25,9	25,5	24,9	24,5	24,3	24,2
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,8	0,1	0,7	-0,4	-0,6	-0,4	-0,2	-0,1
REALZINSSATZ	-1,41	-2,82	-1,94	-3,04	-3,57	-0,50	0,59	1,19
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,28	-1,40	0,88	-1,10	-0,53	3,06	1,09	0,61
HVPI - HARMONISIERTER VERBRAUCHERPREISINDEX	106,98 1,5%	108,47 1,4%	111,46 2,8%	121,07 8,6%	130,40 7,7%	134,21 2,9%	138,18 3,0%	140,81 1,9%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	48,246 0,8%	48,604 0,7%	48,733 0,3%	47,411 -2,7%	46,707 -1,5%	49,106 5,1%	49,393 0,6%	49,684 0,6%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	10,015 0,1%	9,578 -4,4%	9,794 2,3%	10,016 2,3%	9,806 -2,1%	9,688 -1,2%	9,686 0,0%	9,734 0,5%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	134,811 2,4%	143,467 6,4%	143,553 0,1%	147,193 2,5%	160,509 9,0%	175,867 9,6%	182,151 3,6%	185,776 2,0%
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.-2021	4,8	6,1	6,2	4,8	5,1	5,2	5,5	5,4
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,4	1,3	0,1	-1,4	0,3	0,1	0,3	-0,1
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP)	0,5	-8,2	-5,7	-3,4	-2,6	-4,6	-4,4	-4,1
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,3	-8,7	2,5	2,3	0,8	-2,0	0,2	0,3

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	194,814 2,4%	181,205 -7,0%	193,288 6,7%	218,950 13,3%	235,550 7,6%	243,379 3,3%	252,190 3,6%	259,294 2,8%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,171 4,7%	7,395 3,1%	8,396 13,5%	9,016 7,4%	10,305 14,3%	11,248 9,2%	11,588 3,0%	11,938 3,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	78,029 3,8%	81,044 3,9%	88,623 9,4%	92,347 4,2%	98,192 6,3%	106,766 8,7%	109,709 2,8%	111,355 1,5%
BRUTTOINVESTITIONEN	100,941 1,7%	97,563 -3,3%	112,418 15,2%	130,938 16,5%	120,238 -8,2%	110,537 -8,1%	111,133 0,5%	115,558 4,0%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	53,569 6,2%	50,370 -6,0%	54,953 9,1%	58,948 7,3%	64,218 8,9%	66,670 3,8%	67,928 1,9%	69,705 2,6%
BAUINVESTITIONEN	45,675 6,9%	45,220 -1,0%	50,162 10,9%	55,178 10,0%	53,621 -2,8%	52,162 -2,7%	52,680 1,0%	54,002 2,5%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,569 0,540	0,264 -0,305	-0,040 -0,304	-1,191 -1,151	-1,066 0,125	-1,438 -0,372	-1,467 -0,029	-1,497 -0,029
INLANDSNACHFRAGE	382,735 2,4%	367,704 -3,9%	401,518 9,2%	445,067 10,8%	463,217 4,1%	470,492 1,6%	483,153 2,7%	496,648 2,8%
EXPORTE I.W.S.	221,183 3,6%	196,484 -11,2%	227,300 15,7%	277,597 22,1%	281,402 1,4%	276,613 -1,7%	279,807 1,2%	288,796 3,2%
IMPORTE I.W.S.	207,000 2,5%	183,637 -11,3%	223,753 21,8%	279,649 25,0%	271,392 -3,0%	262,882 -3,1%	266,678 1,4%	274,631 3,0%
BIP ZU MARKTPREISEN	395,707 3,3%	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	448,007 10,3%	473,227 5,6%	484,223 2,3%	496,281 2,5%	510,813 2,9%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	181,475 0,7%	167,079 -7,9%	174,642 4,5%	183,556 5,1%	182,219 -0,7%	182,778 0,3%	184,058 0,7%	185,714 0,9%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	6,659 1,3%	6,801 2,1%	7,502 10,3%	7,537 0,5%	7,971 5,8%	8,089 1,5%	8,170 1,0%	8,252 1,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,854 1,3%	71,267 -0,8%	76,707 7,6%	76,269 -0,6%	77,174 1,2%	78,287 1,4%	78,482 0,3%	78,482 0,0%
BRUTTOINVESTITIONEN	94,495 -0,6%	89,361 -5,4%	99,045 10,8%	103,947 4,9%	90,428 -13,0%	85,866 -5,0%	85,969 0,1%	87,433 1,7%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	51,540 4,9%	47,978 -6,9%	51,676 7,7%	52,674 1,9%	53,961 2,4%	54,228 0,5%	53,956 -0,5%	54,496 1,0%
BAUINVESTITIONEN	41,312 3,5%	39,881 -3,5%	41,502 4,1%	40,947 -1,3%	37,159 -9,3%	35,204 -5,3%	35,028 -0,5%	35,203 0,5%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,978 1,020	1,931 -0,047	2,465 0,535	1,808 -0,658	2,485 0,678	2,471 -0,014	2,471 0,000	2,471 0,000
INLANDSNACHFRAGE	356,499 0,8%	336,297 -5,7%	359,669 6,9%	372,679 3,6%	359,464 -3,5%	356,354 -0,9%	358,050 0,5%	361,253 0,9%
EXPORTE I.W.S.	215,882 4,0%	193,238 -10,5%	211,551 9,5%	232,698 10,0%	231,717 -0,4%	223,699 -3,5%	222,547 -0,5%	226,456 1,8%
IMPORTE I.W.S.	199,777 2,4%	180,651 -9,6%	206,150 14,1%	220,747 7,1%	210,602 -4,6%	203,571 -3,3%	203,801 0,1%	207,125 1,6%
BIP ZU MARKTPREISEN	372,565 1,8%	349,025 -6,3%	365,762 4,8%	385,068 5,3%	381,391 -1,0%	377,618 -1,0%	377,896 0,1%	381,684 1,0%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	107,350 1,7%	108,455 1,0%	110,677 2,0%	119,283 7,8%	129,268 8,4%	133,155 3,0%	137,017 2,9%	139,620 1,9%
ÖFFENTLICHER KONSUM	108,594 2,5%	113,720 4,7%	115,534 1,6%	121,080 4,8%	127,235 5,1%	136,379 7,2%	139,788 2,5%	141,885 1,5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	106,892 2,2%	108,748 1,7%	112,832 3,8%	122,051 8,2%	130,203 6,7%	134,149 3,0%	136,839 2,0%	139,267 1,8%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	103,935 1,2%	104,985 1,0%	106,342 1,3%	111,911 5,2%	119,008 6,3%	122,944 3,3%	125,895 2,4%	127,909 1,6%
BAUINVESTITIONEN	110,561 3,3%	113,388 2,6%	120,866 6,6%	134,754 11,5%	144,304 7,1%	148,169 2,7%	150,392 1,5%	153,400 2,0%
INLANDSNACHFRAGE	107,359 1,6%	109,339 1,8%	111,635 2,1%	119,424 7,0%	128,863 7,9%	132,029 2,5%	134,940 2,2%	137,479 1,9%
EXPORTE I.W.S.	102,456 -0,4%	101,680 -0,8%	107,445 5,7%	119,295 11,0%	121,442 1,8%	123,655 1,8%	125,729 1,7%	127,528 1,4%
IMPORTE I.W.S.	103,615 0,2%	101,653 -1,9%	108,539 6,8%	126,683 16,7%	128,865 1,7%	129,135 0,2%	130,852 1,3%	132,592 1,3%
BIP ZU MARKTPREISEN	106,212 1,5%	108,966 2,6%	111,065 1,9%	116,345 4,8%	124,079 6,6%	128,231 3,3%	131,327 2,4%	133,831 1,9%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
WARENEXPORTE	152,509 2,3%	139,300 -8,7%	167,053 19,9%	198,490 18,8%	197,589 -0,5%	189,492 -4,1%	190,139 0,3%	195,404 2,8%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	50,480 7,5%	46,800 -7,3%	52,511 12,2%	62,451 18,9%	63,588 1,8%	65,557 3,1%	67,256 2,6%	70,075 4,2%
REISEVERKEHR	18,194 4,2%	10,384 -42,9%	7,737 -25,5%	16,656 115,3%	20,225 21,4%	21,564 6,6%	22,411 3,9%	23,317 4,0%
EXPORTE I.W.S.	221,183 3,6%	196,484 -11,2%	227,300 15,7%	277,597 22,1%	281,402 1,4%	276,613 -1,7%	279,807 1,2%	288,796 3,2%
WARENIMPORTE	148,038 0,3%	134,774 -9,0%	167,230 24,1%	207,210 23,9%	193,533 -6,6%	181,557 -6,2%	183,008 0,8%	188,075 2,8%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	49,310 9,5%	45,361 -8,0%	50,888 12,2%	62,147 22,1%	65,594 5,5%	67,523 2,9%	69,318 2,7%	71,624 3,3%
REISEVERKEHR	9,652 4,6%	3,502 -63,7%	5,636 60,9%	10,293 82,6%	12,266 19,2%	13,802 12,5%	14,352 4,0%	14,932 4,0%
IMPORTE I.W.S.	207,000 2,5%	183,637 -11,3%	223,753 21,8%	279,649 25,0%	271,392 -3,0%	262,882 -3,1%	266,678 1,4%	274,631 3,0%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
WARENEXPORTE	150,988 3,5%	139,548 -7,6%	156,857 12,4%	166,271 6,0%	165,674 -0,4%	156,708 -5,4%	155,532 -0,8%	157,865 1,5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	47,679 6,1%	44,084 -7,5%	48,050 9,0%	52,693 9,7%	50,347 -4,5%	50,722 0,7%	50,570 -0,3%	51,784 2,4%
REISEVERKEHR	17,185 2,9%	9,782 -43,1%	7,080 -27,6%	14,054 98,5%	16,013 13,9%	16,396 2,4%	16,543 0,9%	16,874 2,0%
EXPORTE I.W.S.	215,882 4,0%	193,238 -10,5%	211,551 9,5%	232,698 10,0%	231,717 -0,4%	223,699 -3,5%	222,547 -0,5%	226,456 1,8%
WARENIMPORTE	143,165 0,6%	133,705 -6,6%	153,536 14,8%	158,132 3,0%	146,361 -7,4%	138,498 -5,4%	138,359 -0,1%	140,435 1,5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	47,336 8,0%	43,601 -7,9%	47,418 8,8%	53,848 13,6%	54,757 1,7%	55,162 0,7%	55,355 0,4%	56,407 1,9%
REISEVERKEHR	9,265 3,1%	3,366 -63,7%	5,251 56,0%	8,918 69,8%	10,239 14,8%	10,950 6,9%	11,141 1,8%	11,364 2,0%
IMPORTE I.W.S.	199,777 2,4%	180,651 -9,6%	206,150 14,1%	220,747 7,1%	210,602 -4,6%	203,571 -3,3%	203,801 0,1%	207,125 1,6%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
WARENEXPORTE	101,007 -1,1%	99,823 -1,2%	106,500 6,7%	119,377 12,1%	119,264 -0,1%	120,921 1,4%	122,251 1,1%	123,779 1,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	105,875 1,3%	106,160 0,3%	109,284 2,9%	118,519 8,5%	126,299 6,6%	129,248 2,3%	132,996 2,9%	135,323 1,8%
REISEVERKEHR	105,875 1,3%	106,160 0,3%	109,284 2,9%	118,519 8,5%	126,299 6,6%	131,526 4,1%	135,471 3,0%	138,181 2,0%
EXPORTE I.W.S.	102,456 -0,4%	101,680 -0,8%	107,445 5,7%	119,295 11,0%	121,442 1,8%	123,655 1,8%	125,729 1,7%	127,528 1,4%
WARENIMPORTE	103,404 -0,3%	100,799 -2,5%	108,919 8,1%	131,036 20,3%	132,230 0,9%	131,090 -0,9%	132,270 0,9%	133,924 1,3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	104,170 1,4%	104,036 -0,1%	107,318 3,2%	115,411 7,5%	119,791 3,8%	122,409 2,2%	125,224 2,3%	126,977 1,4%
REISEVERKEHR	104,170 1,4%	104,036 -0,1%	107,318 3,2%	115,411 7,5%	119,791 3,8%	126,045 5,2%	128,818 2,2%	131,394 2,0%
IMPORTE I.W.S.	103,615 0,2%	101,653 -1,9%	108,539 6,8%	126,683 16,7%	128,865 1,7%	129,135 0,2%	130,852 1,3%	132,592 1,3%
TERMS OF TRADE, GESAMT	98,881 -0,6%	100,026 1,2%	98,992 -1,0%	94,168 -4,9%	94,240 0,1%	95,756 1,6%	96,085 0,3%	96,181 0,1%
TERMS OF TRADE, GÜTER	97,682 -0,9%	99,031 1,4%	97,779 -1,3%	91,103 -6,8%	90,194 -1,0%	92,242 2,3%	92,425 0,2%	92,425 0,0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
IMPORTQUOTE, GESAMT	52,311	48,285	55,080	62,421	57,349	54,290	53,735	53,764
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,364	-4,026	6,795	7,341	-5,071	-3,060	-0,554	0,028
IMPORTQUOTE, GÜTER	37,411	35,437	41,166	46,251	40,897	37,495	36,876	36,819
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-1,101	-1,974	5,729	5,085	-5,355	-3,402	-0,619	-0,057
EXPORTQUOTE, GESAMT	55,896	51,663	55,953	61,963	59,465	57,125	56,381	56,536
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,194	-4,233	4,290	6,009	-2,498	-2,339	-0,745	0,156
EXPORTQUOTE, GÜTER	38,541	36,627	41,123	44,305	41,754	39,133	38,313	38,253
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,348	-1,914	4,495	3,182	-2,551	-2,620	-0,820	-0,059

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5915,776 0,2%	5925,67475 0,2%	5931,04138 0,1%	5979,617 0,8%	6016,521 0,6%	6022,115 0,1%	6001,810 -0,3%	5979,697 -0,4%
ERWERBSQUOTE	77,669 0,9%	78,006 0,4%	78,212 0,3%	78,347 0,2%	78,755 0,5%	79,222 0,6%	79,887 0,8%	80,423 0,7%
ERWERBSPERSONEN	4594,732 1,0%	4622,403 0,6%	4638,782 0,4%	4684,854 1,0%	4 738,330 1,1%	4 770,836 0,7%	4794,690 0,5%	4809,030 0,3%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3698,881 0,0%	3704,422 0,1%	3685,344 -0,5%	3665,132 -0,5%	3653,937 -0,3%	3645,145 -0,2%	3621,157 -0,7%	3591,490 -0,8%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	895,851 5,5%	917,981 2,5%	953,438 3,9%	1019,722 7,0%	1084,393 6,3%	1125,691 3,8%	1173,533 4,3%	1217,540 3,8%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	496,100 0,5%	495,600 -0,1%	502,100 1,3%	508,100 1,2%	511,300 0,6%	512,323 0,2%	511,298 -0,2%	512,321 0,2%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	4098,632 1,1%	4126,803 0,7%	4136,682 0,2%	4176,754 1,0%	4227,030 1,2%	4258,513 0,7%	4283,392 0,6%	4296,710 0,3%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3889,419 1,2%	3897,773667 0,2%	3901,671 0,1%	3921,180 0,5%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	77,263 -3,9%	73,231 -5,2%	70,575 -3,6%	69,063 -2,1%	66,838 -3,2%	62,889 -5,9%	61,317 -2,5%	61,317 0,0%
ARBEITSLOSE	301,328 -3,5%	409,639 35,9%	331,741 -19,0%	263,121 -20,7%	270,773 2,9%	297,851 10,0%	320,404 7,6%	314,213 -1,9%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,019 -1,907	6,300 -1,720	6,406 0,106	6,994 0,588	7,480 0,486	7,313 -0,167

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	192,668 4,2%	192,084 -0,3%	201,416 4,9%	217,424 7,9%	234,830 8,0%	254,753 8,5%	264,051 3,6%	272,005 3,0%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	154,206 2,1%	156,017 1,2%	166,607 6,8%	180,641 8,4%	184,131 1,9%	172,044 -6,6%	170,067 -1,1%	173,537 2,0%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	48,832 3,1%	32,217 -34,0%	38,209 18,6%	49,942 30,7%	54,266 8,7%	57,425 5,8%	62,163 8,3%	65,271 5,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	395,707 3,3%	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	448,007 10,3%	473,227 5,6%	484,223 2,3%	496,281 2,5%	510,813 2,9%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-0,899 -77,3%	4,185 -565,8%	6,700 60,1%	2,015 -69,9%	0,192 -90,4%	1,610 736,5%	1,642 2,0%	1,675 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	76,783 5,1%	79,778 3,9%	83,736 5,0%	91,967 9,8%	99,365 8,0%	103,091 3,8%	106,957 3,8%	110,433 3,3%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	318,025 3,9%	304,725 -4,2%	329,197 8,0%	358,056 8,8%	374,054 4,5%	382,742 2,3%	390,966 2,1%	402,055 2,8%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,503 -10,0%	-3,768 7,5%	-2,857 -24,2%	-3,353 17,4%	-3,355 0,1%	-3,699 10,2%	-3,810 3,0%	-3,924 3,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	314,522 4,0%	300,957 -4,3%	326,340 8,4%	354,703 8,7%	370,699 4,5%	379,043 2,3%	387,156 2,1%	398,131 2,8%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	380,636 4,3%	403,721 6,1%	425,328 5,4%	438,894 3,2%	437,649 -0,3%	452,594 3,4%	471,829 4,3%	476,076 0,9%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	365,034 4,4%	380,664 4,3%	396,232 4,1%	423,029 6,8%	432,855 2,3%	435,438 0,6%	440,227 1,1%	444,190 0,9%
EURIBOR 3M	-0,36	-0,43	-0,55	0,35	3,43	3,57	2,21	2,08
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,04	-0,07	-0,12	0,90	3,09	0,14	-1,36	-0,13
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKRENDITE 10J	0,06	-0,22	-0,09	1,72	3,08	2,84	3,03	3,12
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,62	-0,28	0,14	1,80	1,36	-0,24	0,19	0,09

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
USD/EUR	1,12 -5,1%	1,14 1,8%	1,18 3,5%	1,05 -11,0%	1,08 2,9%	1,08 0,0%	1,12 3,7%	1,14 1,8%
GBP/EUR	0,88 0,0%	0,89 1,1%	0,86 -3,4%	0,85 -1,2%	0,87 2,4%	0,85 -2,3%	0,85 0,0%	0,85 0,0%
YEN/EUR	122,09 -6,4%	121,81 -0,2%	129,85 6,6%	138,02 6,3%	152,00 10,1%	163,80 7,8%	162,30 -0,9%	161,66 -0,4%
CHF/EUR	1,11 -3,5%	1,07 -3,6%	1,08 0,9%	1,01 -6,5%	0,97 -4,0%	0,95 -2,1%	0,94 -1,1%	0,93 -1,1%

TAB. 13: STATISTISCHE KOMPONENTEN DER BIP-VERÄNDERUNG

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
STATISTISCHER ÜBERHANG ¹	1,2%	-0,2%	1,1%	2,9%	0,7%	-0,9%	-0,2%	0,3%
JAHRESVERLAUFSRATE ²	0,4%	-5,3%	6,9%	3,0%	-2,4%	-0,4%	0,6%	1,0%
JAHRESVERÄNDERUNGSRATE ³	1,8%	-6,3%	4,8%	5,3%	-1,0%	-1,0%	0,1%	1,0%

1) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres

2) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum vierten Quartal des Vorjahres

3) Jahresveränderungsrate des nicht saison- und kalenderbereinigten realen BIP (Ursprungswerte)